

# MONITOR

## WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

# Enttäuschung, Frust und Resignation

### Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland

*Caroline Werkmann, Hans-Jürgen Frieß*

- › Sowohl Diskussionsgruppen aus AfD-Anhängerinnen und -Anhängern als auch gemischte Wählergruppen zeichnen im Herbst 2023 ein politisches Klima, das von Verunsicherung und Unzufriedenheit geprägt ist.
- › Diese Stimmungslage ist nicht nur auf spezifische politische Ereignisse oder Entscheidungen zurückzuführen, sondern scheint vielmehr Ausdruck eines generellen Vertrauensverlustes in die Fähigkeit politischer Institutionen zu sein.
- › Besonders virulent diskutiert wurde das Thema Migration und Integration, wobei die vorherrschende Wahrnehmung, dass die bisherige Migrations- bzw. Integrationspolitik gescheitert sei, nicht nur die Diskurse der AfD-Wählerschaft durchzieht.
- › Die Immunisierung der AfD-Anhängerschaft gegen Kritik ist immens. Kritik an der AfD verfängt nicht, vielmehr wird die AfD als Opfer ungerechtfertigter Angriffe wahrgenommen.
- › Wirtschaft und Wohlstand werden als zunehmend prekär erlebt. Die Angst vor sozialem Abstieg und der Verlust des erreichten Lebensstandards durchzieht die Diskussionen. Das Gefühl, die Kontrolle über die wirtschaftliche Zukunft zu verlieren, löst Verteilungskämpfe aus, die mittelfristig den sozialen Zusammenhalt in Deutschland gefährden könnten.
- › Der größte Dissens zwischen den AfD- sowie gemischten Wählergruppen zeigt sich an der Bewertung des Zustands der Demokratie. Während sich erstere in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt sehen und den Ausschluss von der AfD-Anhängerschaft aus dem demokratischen Diskurs anprangern, wird in den gemischten Gruppen das Erstarken der AfD sowie der Zuwachs von antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung als Gefährdung der Demokratie betrachtet.

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>2</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>Die Studie</b> .....	<b>4</b>
<b>Politische Stimmung: Resignation und Pessimismus</b> .....	<b>6</b>
<b>Einstellungen zu zentralen politischen Themen</b> .....	<b>8</b>
Migration und Integration .....	8
Wirtschaft und Wohlstand.....	12
Klimawandel und Klimapolitik .....	14
Demokratie .....	17
<b>Das Image der Parteien und Wahlmotive</b> .....	<b>21</b>
Das Image der AfD .....	21
Parteienimages von Union, SPD, Grünen und anderen Parteien.....	28
Umgang mit der AfD .....	30
<b>Ausblick</b> .....	<b>32</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>37</b>

### Zusammenfassung

Vom 7. bis 28. November 2023 führte Ipsos im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Fokusgruppenstudie zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten von AfD-Wählerinnen und -Wählern sowie den Wählerschaften aller übrigen Bundestagsparteien zur politischen Stimmungslage in Deutschland durch. Ziel des Projektes war es, ein umfassendes Verständnis der politischen Stimmungslage in Deutschland zu gewinnen sowie Einstellungen in Hinblick auf verschiedene gesellschaftspolitische Themen wie Migration, Demokratie, Wohlstand und Klima zu erheben und zu verstehen. Dazu wurden insgesamt zwölf Face-to-Face-Fokusgruppendifkussionen – jeweils zwei in Berlin, Leipzig, Suhl, Stuttgart, Essen und Hamburg – mit je acht Teilnehmenden durchgeführt, wobei je Ort eine Gruppe mit Wählerinnen und Wählern der AfD sowie eine mit Wählerinnen und Wählern aller anderen Bundestagsparteien zusammengesetzt war. Die zentralen Erkenntnisse dieser Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das politische Klima im Herbst 2023 ist von einer tiefgreifenden **Verunsicherung und Unzufriedenheit** geprägt, die das Potenzial hat, die politische Landschaft maßgeblich zu verändern. Über alle Wählergruppen hinweg dominiert Pessimismus, trübt gar Resignation den Blick auf die Zukunft. Diese Stimmungslage ist nicht nur auf spezifische politische Ereignisse oder Entscheidungen zurückzuführen, sondern scheint vielmehr Ausdruck eines generellen **Vertrauensverlustes in die Fähigkeit politischer Institutionen** zu sein, auf die Herausforderungen der Zeit adäquat zu reagieren.
- Besonders virulent diskutiert wurde das Thema **Migration und Integration**, sowohl in den AfD- als auch in den gemischten Wählergruppen. Die vorherrschende Wahrnehmung, dass die bisherige Migrations- bzw. Integrationspolitik **gescheitert** sei, durchzieht nicht nur die Diskurse der AfD-Wählerschaft, sondern ist auch in den gemischten Gruppen präsent. Das Thema Migration wird dabei nicht nur als eine Frage der politischen Steuerung verstanden, sondern auch als eine Frage der **sozialen Kohäsion**.
- **Wirtschaft und Wohlstand** werden als zunehmend prekär erlebt. Die **Angst vor sozialem Abstieg** und der Verlust des erreichten Lebensstandards durchzieht die Diskussionen. Das Gefühl, die Kontrolle über die wirtschaftliche Zukunft zu verlieren, löst **Verteilungskämpfe** aus, die mittelfristig den sozialen Zusammenhalt in Deutschland gefährden könnten. Dies verstärkt die Suche nach politischen Alternativen und neuen Lösungsansätzen.
- Die Diskussion um **Klimawandel und Klimapolitik** offenbart eine ambivalente Haltung: Während die Dringlichkeit des Themas anerkannt wird, zweifeln viele daran, dass die derzeitigen politischen Anstrengungen in einem angemessenen Verhältnis zu den damit verbundenen **wirtschaftlichen und sozialen Kosten** stehen. Diese Wahrnehmung könnte darauf hindeuten, dass Klimaschutz aktuell an Relevanz einbüßt, da die Folgen anderer Probleme aktuell unmittelbarer gespürt werden. Dies lässt die **Dringlichkeit** von Klimaschutz im Vergleich zu anderen Themen **in den Hintergrund rücken**.
- Der größte Dissens zwischen den AfD- sowie gemischten Wählergruppen lässt sich daran erkennen, wie der **Zustand der Demokratie** in Deutschland verhandelt wird. Während sich erstere in ihrer **Meinungsfreiheit eingeschränkt** sehen und den Ausschluss von der AfD-Anhängerschaft aus dem demokratischen Diskurs anprangern, wird in den gemischten Gruppen das **Erstarken der AfD** sowie der Zuwachs von **antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen** in der Bevölkerung als Gefährdung der Demokratie betrachtet.
- In gemischten Wählergruppen ist das **Vertrauen in die Kompetenz der etablierten Parteien** stark **erschüttert**. Wahlmotive können kaum verbalisiert werden, vielmehr prägt die Enttäuschung über die politische und handwerkliche Arbeit das Bild. Die **AFD** wird hingegen von ihren Wählern als **Hoffnungsträger** gesehen, obgleich auch hier Zweifel an der Umsetzung ihrer Versprechen bestehen.
- Angesichts steigender Umfragewerte der AfD betrachtet ihre Wählerschaft die Diskussion um die „Brandmauer“ als Konstrukt, das unter dem Druck des politischen Kalküls und des Machterhalts mit den nächsten Wahlen hinfällig werde. Auch unter den Wählern anderer Parteien **bröckelt** das **Vertrauen in die Brandmauer**, jedoch herrscht kein Konsens, ob die etablierten Parteien tatsächlich bereit wären, ihre grundsätzlichen politischen und moralischen Positionen zugunsten einer Regierungsbeteiligung aufzugeben.

## Einleitung

In der zweiten Jahreshälfte 2023 hat die AfD in Umfragen regelmäßig über 20 Prozent Zustimmung erhalten, ein Wert, der noch 2022 für praktisch unmöglich gehalten wurde.<sup>1</sup> Im Osten der Republik kommt die AfD in Umfragen sogar deutlich über 30 Prozent.<sup>2</sup> Im thüringischen Landkreis Sonneberg wurde ein erster Landrat der Partei gewählt. Gleichzeitig ist die Diskussion über die politische „Brandmauer“ gegenüber der AfD intensiver geworden, wobei ihre Stabilität zunehmend infrage gestellt wird.<sup>3</sup>

Diese politischen Veränderungen finden vor dem Hintergrund (oder im Zusammenspiel?) einer Reihe besorgniserregender Entwicklungen statt. Das Vertrauen in politische Institutionen lässt spürbar nach und die Kompetenzen der politischen Parteien werden zusehends in Frage gestellt.<sup>4</sup> Die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP verliert immer mehr an Rückhalt in der Bevölkerung, und Teile ihrer Politik, insbesondere das Gebäudeenergiegesetz, werden sehr heftig und emotional kritisiert.<sup>5</sup>

Gleichzeitig schien die Regierung dem Thema Migration keinen hohen Stellenwert einzuräumen, zumindest in der Öffentlichkeit stiefmütterlich zu behandeln, obwohl es spätestens seit Frühjahr 2023 dort stetig an Bedeutung gewonnen hat.<sup>6</sup> Im Herbst 2023 wird es in Umfragen sogar als zentrale, wenn nicht sogar größte Herausforderung Deutschlands benannt, trotz einer Vielzahl anderer schwerer Krisen wie Inflation, Energiekrise, Klimakrise.<sup>7</sup>

Währenddessen haben große außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen einen starken Einfluss auf Politik und Gesellschaft in Deutschland. Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie der mit den Massakern an israelischen Bürgern und der militärischen Reaktion Israels darauf erneut angefachte Nahostkonflikt verschärfen die politischen Auseinandersetzungen auch hierzulande.<sup>8</sup>

Zahlreiche Artikel in den Zeitungen, aber auch verschiedene Umfragen weisen auf eine zusehends pessimistische Zukunftssicht und eine Enttäuschung gegenüber den politischen Parteien in der deutschen Bevölkerung hin.<sup>9</sup> Supermarktregale, die nicht oder unzureichend befüllt werden, verspätete Züge und lange Wartezeiten in Ämtern sind nur die Spitze des hier genannten Eisbergs. Kritisiert werden nicht zuletzt immer teureres Wohnen, vor allem in den Städten, eine nachlassende Gesundheitsversorgung und Bildung. Während sich der Arbeitsmarkt trotz Rezession robust zeigt, deuten Studien auf zunehmende Abstiegsängste und einen gefühlten Wohlstandsverlust in der deutschen Bevölkerung hin.<sup>10</sup>

Vor diesem Hintergrund versucht die vorliegende Arbeit, ein Stimmungsbild der deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Einstellungen im Herbst 2023 zu zeichnen. Sie analysiert die politische Stimmung, die Einstellung zu zentralen politischen Themen, das Image der Parteien, die Wahlmotive der Bürger, die Rolle der AfD und zieht Schlussfolgerungen für die Zukunft. Dabei wird insbesondere die Frage beleuchtet, was die oben skizzierten Entwicklungen für die Demokratie und die politischen Parteien in Deutschland bedeuten und inwiefern sie mit dem Aufstieg der AfD zusammenhängen.

## Die Studie

Um die politische Stimmungslage zu untersuchen, wurden zwei Zielgruppen der Studie definiert: AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler sowie Wählergruppen aller anderen Bundestagsparteien. Diese sollten aus methodischen Gründen getrennt befragt werden: Erfahrungen in der qualitativen

Forschung zeigen, dass AfD-Wählerinnen und -Wähler unter sich offener und ehrlicher über ihre Ansichten berichten als in politisch heterogenen Gruppen. Das Interesse dieser Studie war es, die AfD-Wählerschaft und ihre Wahlmotive besser zu verstehen, gerade auch vor dem Hintergrund, dass die (potenzielle) Wählerschaft stark zugenommen hat. Zudem zielte das Studiendesign darauf ab, zu untersuchen, inwiefern sich Wählerschaften jenseits der AfD von diesen Ansichten (inhaltlich, aber auch in den Diskursen) kontrastieren lassen oder doch Ähnlichkeiten aufweisen.

Bei der Auswahl der Durchführungsorte sollte eine möglichst große geografische Streuung gewährleistet sein, um eine Vielfalt von Perspektiven aus verschiedenen Regionen Deutschlands einzubeziehen und unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten Rechnung zu tragen. Die sechs ausgewählten Großräume der Untersuchung – Berlin, Leipzig, Suhl, Stuttgart, Essen und Hamburg – gewährleisteten, dass urbane ebenso wie ländliche Lebensrealitäten und Sichtweisen der Teilnehmenden sichergestellt werden. Berlin und Leipzig vertreten die ostdeutschen Bundesländer, während Stuttgart, Essen und Hamburg die westdeutschen Perspektiven einbringen. Suhl, als kleinere Stadt in Thüringen, ergänzt das Bild um einen Blickwinkel aus einer eher ländlich geprägten Region.

Die Teilnehmenden wurden entlang einer bewussten Stichprobenziehung (*purposive sampling*) nach den folgenden Rekrutierungskriterien ausgewählt: Geschlecht und Alter (18-75 Jahre), Bildungsniveau (Mischung verschiedener Bildungsniveaus), Region (Ost: Berlin, Leipzig, Suhl / West: Stuttgart, Essen, Hamburg), Wohnort (Mix aus Teilnehmenden aus der Stadt sowie dem Umland) und Parteipräferenz auf Grundlage der sogenannten „Sonntagsfrage“. Diese wurde zur Bildung der zwei Zielgruppen, AfD-Wählerinnen und -Wähler sowie Wählerinnen und Wähler aller anderen Bundestagsparteien, herangezogen.

Die Feldarbeit fand vom 7. bis zum 28. November 2023 statt. Es wurden jeweils zwei Face-to-face-Gruppendiskussionen mit je acht Teilnehmenden je Ort durchgeführt, dabei fand an jedem Ort je eine Gruppendiskussion pro Zielgruppe statt. Die Gruppendiskussionen wurden mit Hilfe semi-strukturierter Leitfäden moderiert, die den Fokus auf begrifflich-semantische, biographisch-narrative und projektive Fragen legten. Diese Herangehensweise erlaubte es den Teilnehmenden, ihre Gedanken und Meinungen frei zu äußern und ermöglichte den Forschenden gleichzeitig, die Diskussionen auf die relevanten Themenbereiche zu lenken. Die Dauer der Gruppendiskussionen wurde auf 90 Minuten festgelegt.

Von sämtlichen Gruppendiskussionen wurden Video- und Audioaufzeichnungen angefertigt. Die anschließende Transkription und wortgetreue Zuordnung der Aussagen zu den Teilnehmenden bildete die Grundlage für eine detaillierte Analyse. Mithilfe des Analyseprogramms MaxQDA wurden alle Transkripte codiert und analysiert, was eine systematische Auswertung der qualitativen Daten ermöglichte. Schwerpunkt in der Analyse lag auf einem Kontrast- bzw. Ähnlichkeitsvergleich zwischen AfD- und Nicht-AfD-Wählerinnen und -Wählern einerseits, und den Regionen (Ost/West) als Hauptdimensionen andererseits. Unterschiede bzw. Ähnlichkeiten in diesen Aspekten sowie weitere Auffälligkeiten sind in den Ergebnissen gekennzeichnet, wann immer sie als nennenswert aufgefallen sind.

## Politische Stimmung: Resignation und Pessimismus

Als „politische Großwetterlage“ umfasste der erste Themenblock der Gruppendiskussionen zunächst eine Sammlung der wahrgenommenen Erfolge sowie Probleme bzw. Herausforderungen, die die Teilnehmenden aktuell für Deutschland auf dem Zettel sehen. Die Übung sollte einerseits dazu dienen, prävalente Themen in der Bevölkerung zu identifizieren, andererseits auch ein erstes Verständnis der allgemeinen politischen Stimmung zu gewinnen. Was läuft in den Augen der Teilnehmenden gut in Deutschland, wo hakt es? Wie werden Erfolge verhandelt, wie Probleme und Herausforderungen? Wie werden einzelne Probleme miteinander verknüpft und in ihrer Dringlichkeit bewertet? Was sagt uns dies über die aktuelle Stimmungslage in Deutschland?

Angesichts der vorliegenden Daten und der aus Gruppendiskussionen gewonnenen Erkenntnisse lässt sich ein durchgängiges Bild von Resignation, Frustration und Pessimismus in der politischen Stimmung Deutschlands erkennen. Die Teilnehmenden der Gruppendiskussionen zeichnen ein düsteres Bild: An allen Ecken und Enden scheint es zu bröckeln – von der Wirtschaft, die durch Rezession und Inflation belastet ist, über den Fachkräftemangel und mangelnden Wohnraum, bis hin zu einem maroden Gesundheitssystem, Problemen in der Pflege, Bildung, Kinderbetreuung und einer mangelhaften Infrastruktur. Hinzu kommen Herausforderungen wie der Investitionsstau, fehlende Rentensicherheit und eine schleppende Digitalisierung und Bürokratieabbau. Und damit sei vom Umgang mit Migration und Integration noch gar nicht gesprochen.

 Moderatorin: „Was sind denn für euch so die dringendsten, drängendsten Probleme, die wir in Deutschland haben?“ „Wo sollen wir denn da anfangen? - Ja, wie lange wollen Sie überziehen?“ (Zusammensetzung der Fokusgruppe: Gemischte Gruppe, Ort: Essen, Wahlabsicht der zitierten Person: CDU)<sup>11</sup>

 „[...] ich habe das Gefühl, dass halt all das Positive, was wir haben, irgendwie nach und nach verspielt wird jetzt gerade so. [...] Es bröckelt halt überall so. Die Feuerwehr ist unterbesetzt, irgendwie wurde da gespart. Um Gottes Willen, ich will keinen Polizeistaat, aber wir haben weniger Ordnungskräfte, die für Sicherheit sorgen. Krankenhäuser sind überlastet, Gesundheitssystem ist kurz vor dem Kollaps. Pflege, was auch immer, überall bröckelt es und das war eigentlich das, was uns als Land so ausgemacht hat. Dass wir eben das haben und es funktioniert hat.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, SPD)

Auf der Seite der Erfolge scheint es kaum noch Aspekte zu geben, über die die Menschen stolz verspüren. Abgesehen von grundlegenden Dingen, die in Deutschland (noch) funktionieren, scheint sich vieles aus der Sicht der Teilnehmenden verschlechtert zu haben. Angesichts der multiplen Probleme zieht sich eine Perspektivlosigkeit durch alle Gruppen hinweg. Der Glaube an eine bessere Zukunft scheint zu schwinden, insbesondere der Glaube daran, dass die politischen Parteien Lösungen für die Vielzahl an Problemen und Herausforderungen finden können. Stattdessen empfinde man die Lage wie festgefahren.

 „Unser Thema ist ja hier Politik. Wenn man das verallgemeinert, kann man sagen, politisch gesehen, haben wir keinen Halt oder keine Stütze oder irgendwas. Das Vertrauen, mein [...] Vertrauen in die Politik, es schwindet extrem.“ (Gemischte Gruppe, Essen, FDP)

„Das sind so viele Punkte, die eigentlich gemacht werden müssten oder umstrukturiert werden müssten, was auch schon längst fällig wäre. Aber traut sich keiner auch ran teilweise. Die Politiker, die sind ihre vier Jahre in der Legislaturperiode. Und dann [...] werden sie wahrscheinlich nicht wieder gewählt. Und dann, naja, sie haben ihre Tasche vollgemacht, machen nur Blablabla.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, FDP)

Im Kontrast zur Wahrnehmung der aktuellen Lage zeichnen die Teilnehmenden ein ausgeprägt nostalgisches Bild von einer Vergangenheit, in der alles besser schien. Dieser Stolz auf Deutschland, der durch das Selbstbewusstsein einer vermeintlich besseren Zeit genährt wurde, scheint nun brüchig geworden zu sein. Auch ein Vergleich mit anderen Ländern mache nun nicht mehr glücklicher, sondern zeige nur deutlich auf, in welcher schlechten Lage Deutschland sich mittlerweile befinde.

„Also, aber ich finde eben einfach, wenn man mal überlegt, eine der größten Wirtschaftskräfte, gerade ... es ist einfach nur traurig, was wir daraus gemacht haben. Also alles geht ja bergab. Selbst die Journalisten sagen, es wird hier also von Jahr zu Jahr schlimmer, was man überhaupt noch berichten kann [...] Ich sehe da einen Weg nach unten.“ (Gemischte Gruppe, Hamburg, Grüne)

„Ich kann nur sagen, ich bin 1999 hierhergekommen und das war noch schwere Zeit (...). Es war alles noch so schön. Ja, christlich, friedlich und alles, [...] Es hat alles wenig gekostet. [...] Na ja, nicht alles, aber vieles [...] konnte man sich [...] leisten und [...] die Gesellschaft war viel fröhlicher. Und jetzt, wenn man so die Menschen anguckt, auf der Straße, alle so zornig [...]. Und jetzt, die ganzen Strompreis- und Mietpreiserhöhungen, alle nur noch am Arbeiten, alle nur noch böse. [...] Selbst die Kinder. Und die Kinder sehen das ja alles. Sie kriegen das ja alles mit. Und wenn sie mit so einem Gefühl in die Schule gehen, was sollen die damit? Die sehen auch keine Zukunft.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

„Das heißt aber nicht, dass es hier gut läuft, nur weil [...] du dich mit dritter Welt vergleichst.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

Die geäußerte Enttäuschung über die multiplen Probleme und den wahrgenommenen Stillstand bei deren Lösung führt zu einer pessimistischen Spirale in den Gruppendiskussionen, die sich im Gesprächsverlauf immer weiter vertieft. Überraschend ist dies insofern, als dass der Zukunftspessimismus nicht nur in den AfD-Gruppen ausgeprägt ist. Auch in den gemischten Wählergruppen prägen Enttäuschung, Frustration und Resignation das Bild. Zugleich sind keine nennenswerten regionalen Unterschiede hinsichtlich der Stimmungslage erkennbar – vielmehr scheint sich das zuweilen desaströse Bild der Lage in Deutschland in der Breite zu festigen.

„Man möchte [...] am liebsten keine Medien konsumieren mehr. [...] Weil das mich beschäftigt, weil es negativ ist, weil es mich traurig macht [...]“ (Gemischte Gruppe, Berlin, CDU)

„Die Hoffnungslosigkeit wird immer größer. Mein Sohn ist 25 und der hat mit 17 schon gesagt: ‚Ich werde so schnell kein Vater.‘ [...] Und das höre ich so oft von jungen Leuten, in dieser Welt setze ich kein Kind rein und sowas.“ (Gemischte Gruppe, Hamburg, SPD)

Diese drückende Stimmung spiegelt sich auch in aktuellen quantitativen Daten wider, die u.a. von einem institutionellen Vertrauensverlust und Unzufriedenheiten<sup>12</sup> zeugen.

## Einstellungen zu zentralen politischen Themen

Wie drückt sich also diese in allen Regionen und Zielgruppen durchgehend negative Grundstimmung in den Einstellungen zu zentralen politischen Themen aus? Für die Vertiefung wurden die vier Politikbereiche Migration und Integration, Wirtschaft und Wohlstand, Klimawandel und Klimaschutz sowie Demokratie ausgewählt, die einerseits als Kerntemen von den Teilnehmenden selbst identifiziert wurden, als auch im besonderen Interesse dieser Studie lagen, um etwaige Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen AfD-Wählerschaft und Wählerschaften anderer Bundestagsparteien tiefergehend zu verstehen.

### Migration und Integration

Auch wenn das Thema Migration und Integration nicht immer als erstes als eine der Herausforderungen in Deutschland genannt wurde, war es doch über alle Regionen und Wählergruppen hinweg eines der virulentesten Themen. Überraschend ist dies auf den ersten Blick sicher weniger, blickt man auf zum Zeitpunkt der Feldarbeit erhobene Daten zu den drängendsten Sorgen und wichtigsten Themen in Deutschland.<sup>13</sup> Migration wird immer noch als polarisiert wahrgenommen, als tabubehaftetes Thema, zu dem man sich in den gemischten Wählergruppen ungern positionieren möchte und ein gewisses Unbehagen verspürt. Unter AfD-Wählern wird dies expliziter behandelt: Man könne sich zu Migration nicht mehr äußern, ohne als Nazi bezeichnet zu werden.

 „Ich habe nichts gegen Ausländer. Ich habe auch viele ausländische Freunde, die auch arbeiten gehen und alles. Aber wenn man jetzt zum Beispiel sagt, in der Stadt unterhält man sich mit einer guten Freundin, guten Kumpel oder was weiß ich, Familienangehörigen, und sagt, ich kann es einfach gar nicht leiden. Die kommen hierher, gehen nicht arbeiten, kriegen 'nen Haufen Kohle. So und zack, lass das mal jemanden hören, Polizei oder sonst was, hast du gleich eine Anzeige am Hals. Das geht halt nicht!“ (AfD-Gruppe, Suhl)

 „Oder wenn ich sage: Wir haben hier irgendwie in Deutschland, die Asylpolitik läuft nicht so gut, das sind einfach zu viele für die Behörden. Und dann wird man halt schnell irgendwie als Rassist abgestempelt oder als Monster [...]“ (AfD-Gruppe, Essen)

Differenzierter betrachten dies die Teilnehmenden der gemischten Wählergruppen, die sich durch die Emotionalität der Debatte verunsichert fühlen. Da der Diskurs um Migration als besonders emotional aufgeladen wahrgenommen wird, versuche man das (Trigger-)Thema eher auszuklamern, um Konfrontationen zu vermeiden.

 „Also, ich habe jetzt das Gefühl, das Thema vermeiden zu wollen, weil ich mich da jetzt gerade im Moment irgendwie überhaupt nicht wohl fühle und auch nicht das Gefühl habe, frei reden zu können.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, CDU)

Wenn auch in Argumentation und Wortwahl große Unterschiede liegen, gibt es doch auch viel Konsens zwischen den befragten Wählergruppen beim Thema Migration. Übergreifender Tenor ist, dass man die jetzige Migrationspolitik – und die Integration – in Deutschland als gescheitert betrachtet.

„Die meisten Menschen, die dort waren, leben hier. Aber die fühlen sich einfach nicht mit diesem Land verbunden. Das heißt, wenn man sie fragt, die geben immer die Antwort: ‚Ich bin Türke‘, oder: ‚Ich bin Marokkaner‘, oder was auch immer. Also [...] es fühlt keiner dieses Land im Herzen. Und ich glaube, das haben wir in der Vergangenheit schon falsch gemacht. Also ich sehe definitiv den Fehler bei Deutschland und bei der Politik.“ (Gemischte Gruppe, Essen, SPD)

„[...] die normalen Parteien, die christlichen, sozialen und so weiter, die kriegen es einfach nicht hin. Seit Jahrzehnten. [...] Dass da irgendwelche aus dem Osten kommen und von Afrika, das ist den Europäern zu viel. Das ist hier Europa, ja, wir helfen, aber wir können nicht der ganzen Welt helfen. Und das ist den Europäern einfach zu viel, die haben die Schnauze voll.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

In den gemischten Wählergruppen sieht man vor allem ein Versagen in der Integrationspolitik. Die Politik habe zu lange nichts oder zu wenig auf verschiedensten Politikfeldern für die Integration von Zugewanderten unternommen wie etwa im Bereich Arbeit, Wohnen, Bildung, Kultur, Gesundheit. Dadurch sei es zu einer immer größeren Polarisierung in der Bevölkerung gekommen, die im einen Pol in wachsender Ausländerfeindlichkeit und Hass, im anderen Pol in der Bildung von Parallelgesellschaften und kriminellen Clanstrukturen gemündet sei.

„Aber ich finde, es ist schon viel früher was falsch gelaufen. Also schon vor zehn Jahren dann. Wenn man so guckt, mit den ganzen Clans und so was.“ (Gemischte Gruppe, Essen, CDU)

Dass die Belastungsgrenze Deutschlands bei der Zuwanderung erreicht sei und man keine weitere größere Zuwanderung bewältigen könne, stößt selbst in den gemischten Gruppen auf geringen oder keinen Widerspruch. In den Diskussionen wird dabei insgesamt eine Einstellungsveränderung deutlich: Bei denjenigen, die von sich sagen, in der Vergangenheit für einen Migrationsstopp nicht empfänglich gewesen zu sein, werden die Stimmen nach einer Begrenzung von Migration lauter.

„Also meine Nachbarin arbeitet für so ein Flüchtlingsheim. Und sie sagte einfach: ‚Wir wollen integrieren. Wir schaffen es nicht mehr.‘ [...] Ich sage mal, sagt sie auch: ‚Wenn du Gäste aufnimmst, du hast nur eine gewisse Grenze, die du aufnehmen kannst. Danach ist es nur noch Horror.‘ Ja, ich kann keine 30 Leute in meiner Vierzimmerwohnung unterbringen. Das ist nur noch Horror. Und viele sind bemüht, möchten, beide Seiten. Also ich habe Integrationswillige, und ich habe von deutscher Seite Leute, die integrieren wollen. Aber irgendwann mal ist Schicht.“ (Gemischte Gruppe, Essen, SPD)

Diskurse, die auf Verteilungskämpfe hinweisen, sind hier zu vernehmen. Dabei wird auch eine Neiddebatte geführt – zwar überwiegend indirekt („Man habe gehört, dass viele Unmut verspüren.“), aber sie wird geführt. Erzählungen über Bevorzugung von Flüchtlingen bei Sozialleistungen, Wohnraum und Kitaplätzen werden auch in den politisch gemischten Gruppen reproduziert – selbst wenn diese immer wieder auch kritisch hinterfragt werden. Der deutsche Sozialstaat genießt dabei grundsätzlich sehr hohe Akzeptanz. Ihm wird aber immer wieder vorgeworfen, Ausländer gegenüber Deutschen zu bevorzugen.

„Eine Freundin von mir ist alleinerziehend, ein paar Jahre lang. Und die musste um alles kämpfen, um jede müde Mark [...]. Und seit aber die Immigranten hier zugange sind, die kriegen es, sie kriegt nichts. Und das ist das, was sie natürlich auch unmutig macht [...]. Und die

*kriegen es halt mit, wenn sie auf dem Amt sind, die anderen kriegen es reingestopft [...]. Und du selber musst um jeden Cent kämpfen.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, CDU)*

Gleichzeitig wird in den gemischten Gruppen betont, dass Zuwanderung in Deutschland benötigt werde, um die Wirtschaft zu stärken, den demografischen Wandel auszugleichen und dadurch das Rentensystem aufrechtzuerhalten. Dazu brauche es aber eine differenziertere und weniger emotionalisierte Diskussion über Fachkräftezuwanderung und Asylpolitik; allen Zugewanderten müsse vor allem eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

 *„Also, ich meine, Migration ist wichtig halt. Wir blockieren unsere Fachkräfte aus dem Ausland, die wir dringend bräuchten, um vielleicht aus der Rezession zu kommen. Damit unsere Firmen wieder funktionieren können.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, SPD)*

 *„Also, gerade bei der AfD finde ich auch, [...] [d]ie sagen, ja, mal so kurzgefasst, dass eigentlich Ausländer nichts in Deutschland zu suchen haben, was wirklich einfach nur Quatsch ist. Wir hatten es ja vorhin auch, also ohne die Ausländer wäre Deutschland ja wirklich gar nichts. Also die ganzen Fachkräfte sind immer mehr ausländische Fachkräfte.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, FDP)*

Nichtsdestoweniger wird die Verteilung von Flüchtlingen in Europa sowohl unter Nicht-AfD- als auch AfD-Wählerinnen und -Wählern kritisch diskutiert; sie sei ungerecht, da die Lasten ungleich verteilt würden. Noch sei es nicht zu einer fairen und nachhaltigen Lösung auf europäischer Ebene gekommen, obwohl immer stärker klar würde, dass eine gemeinsame, solidarische Asylpolitik der EU benötigt werde.

 *„Und natürlich dann das Problem EU, dass zum Beispiel die Europäische Union [...] keine gemeinsame Lösung findet, wie die Flüchtlingsverteilung ist. Aber dass andere Länder zum Beispiel gerne aus dem Topf der EU-Fördermittel abkassieren. Wenn es darum geht aber, Solidarität in der EU zu zeigen, dass dann geblockt wird und man sagt: ‚Okay, ihr nehmt die auf, die Flüchtlinge und wie ihr das macht, das ist dann euer Problem.‘“ (Gemischte Gruppe, Berlin, CDU)*

 *„Also eine politische Zerrissenheit, die ist wirklich komplett, in ganz Europa. [...] Auch wie die Migrationspolitik seit mehreren Jahren. Deswegen hat es ja jetzt auch überall solche Rechtsrucks gegeben, weil [...] da natürlich nichts passiert und [...] wenn nichts passiert, dann werden die halt ungemütlich.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)*

In den AfD-Wählergruppen werden die potenziellen Vorteile von Zuwanderung für den Erhalt des Wohlstands kaum thematisiert. Lediglich früheren Generationen Zugewanderter wie der sogenannten Gastarbeitergeneration wird ein Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung in Deutschland zuerkannt.

 *„Die Generation der heutigen Ausländer ist eben anders als die der 50er-, 60er Jahre. Die sind gekommen, haben hier was gerissen [...]. Der Italiener hat irgendwann seine Pizzeria aufgemacht und dieses Denken habe ich heute bei vielen nicht mehr.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)*

Vielmehr wird die heutige Zuwanderung als Bedrohung des Wohlstands wahrgenommen und mit einer Vielzahl anderer Themen verknüpft, die alle als Facetten eines großen Verteilungskampfes betrachtet werden können. Zugewanderte werden in den AfD-Wählergruppen stärker als direkte Konkurrenz gesehen – in Bezug auf Wohnraum, Kitaplätze, Sozialleistungen usw. fühlen sich die Teilnehmenden selbst, jedoch meist stellvertretend für andere Bevölkerungsgruppen, insbesondere Alleinerziehende, stark benachteiligt. Während in den gemischten Gruppen die Erzählungen der Bevorzugung von „Ausländern“ gegenüber „Deutschen“ noch reflektiert werden, scheinen diese in den AfD-Gruppen bereits weitestgehend verfestigt.

„Wir haben in meinem Stadtteil [... ein] Neubaugebiet, es wurde erschaffen. Migranten, Erstbezug. [...] Wir, die vielleicht jahrelang auf einer Liste stehen, von irgendeiner Wohngesellschaft, keine Chance.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

„Und aber kriegen mit zwei Kindern in einer sechseinhalb Zimmerwohnung, kriegen die 4.500 Euro Monat vom Staat, mal für Nada. Für gar nichts. Und wie will man das jemandem erklären, der hier lebt, der sich monatlich seinen Hintern aufreißt mit einem nine to five oder noch mehr? Wie soll man das denn rechtfertigen?“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

„Wir können uns nicht beschweren, dass wir keinen Wohnraum mehr haben, wenn wir hier praktisch die halbe Welt aufnehmen. [...] Und uns zum Sozialamt der Welt aufstellen. Und dann beschweren wir uns, dass Menschen hier monatelang, wenn nicht sogar eins, zwei Jahre couchsurfen müssen oder in Pensionen wohnen oder bei Freunden zur Untermiete auf der Couch. Also weil Sozialwohnungen dann für andere bestimmt werden.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Migration wird in diesem Narrativ als Kern aller Probleme betrachtet – aufgrund von Zuwanderung stehe nicht genügend Wohnraum zur Verfügung, sei das Bildungsniveau an Schulen gesunken, steige die Kriminalität und das Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum und man überfordere eine ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage.

„Also diese wichtigen Themen, wo wir vielleicht als Bürger sagen, da müsste das Geld investiert werden, Bildung, Kitaplätze attraktiver machen, da passiert gefühlt nichts. Was vielleicht auch gar nicht gehen kann, wenn wir sagen, die Zuwanderung wird ja immer größer. Das Geld muss ja irgendwo verteilt werden, also bleibt immer weniger übrig für die wirklich wichtigen Dinge.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

„Sobald es dunkel ist, [...] lassen die Deutschen, [...] die paar Deutschen, wo da oben noch wohnen, lassen noch nicht mal, sobald es dunkel ist, die Kinder nach draußen. Sie nicht alleine raus. Die Frauen erst recht nicht!“ (AfD-Gruppe, Suhl)

Darüber hinaus scheint sich eine radikale Abwertung von Zugewanderten und Hass gegenüber Ausländern unter AfD-Wählern in der Diskussion zu Migrationspolitik fast schon normalisiert zu haben. Auch rechtsextreme Narrative wie die der „Rassenvermischung“ werden zuweilen offen diskutiert und treffen auf Zustimmung oder zumindest nicht auf Ablehnung in der Gruppe.

„Was sich aber trotzdem schwierig gestalten wird, weil ja, die, ich sage jetzt, manche Rassenvermischung stattfindet. Also [...] das wird trotzdem schwierig sein, rein Deutsche in Mehrheit wieder zu haben, das wird wahrscheinlich, glaube ich, nicht mehr passieren. Kann ich mir nicht vorstellen, ist realitätsfremd. Zu viele Ausländer in einem Land, wo sich dann auch deutsche Frauen oder deutsche Männer mit ausländischen Frauen vermischen.“ (AfD-Gruppe, Essen)

Wenig überraschend wird daher in den AfD-Gruppen eine restriktive Migrationspolitik befürwortet, allen voran die Begrenzung von Migration bzw. ein Migrationsstopp und die konsequente Abschiebung von straffälligen Zugewanderten. Dennoch findet teils noch eine gewisse Differenzierung statt: Menschen, die vor Krieg flüchten, müsse man durchaus helfen. Dass eine Abschiebung oftmals nicht möglich sei bzw. die Herkunftsländer Geflüchtete nicht wieder aufnehmen, wird erwähnt. Die Situation wird als scheinbar nicht lösbares Dilemma empfunden. Dies führt zu ausgesprochen drastischen Lösungsvorschlägen, bei denen auch Menschenleben zur Disposition stehen.

„Ich habe auch nichts gegen Ausländer, habe auch Freunde. Aber jeder Ausländer, wo hier in Deutschland eine Straftat begeht, raus. Nicht erst in die Gefängnisse. – Moderator: Aber wohin denn raus? – Einfach in ein Flugzeug rein, übers Mittelmeer und rausschmeißen! Fertig, aus.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

„Auch die Rückführung. Die schleppende Rückführung. Dass die alle nicht die Leute wieder rauskriegen, ist doch der größte Witz. Logisch, die Länder, die weigern sich ihre Leute zurückzunehmen. Die sind froh, dass sie den Schrott weg sind. Ich würde Flugzeug packen, würde die Leute dann rausschlagen, aus dem Flugzeug rauskickern und Flieger weg.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

## Wirtschaft und Wohlstand

Recht großer Konsens zwischen den AfD-Gruppen und denen mit gemischten Parteipräferenzen zeichnet sich in der Einschätzung des Wohlstands in Deutschland ab. Insgesamt wird ein sehr negatives Bild gezeichnet: Wenn in manchen Gruppen noch davon gesprochen wird, der Wohlstand in Deutschland sei gefährdet, ist er für andere bereits nicht mehr existent.

„Wohlstand war mal!“ (AfD-Gruppe, Suhl)

„[Der Wohlstand] ist nicht in Gefahr. Ist schon quasi weg.“ (Gemischte Gruppe, Essen, SPD)

Die fetten Jahre seien vorbei und die Aussichten auf eine Verbesserung des Wohlstands werden nicht gesehen, vielmehr zeichnet sich eine Art resignierte Wohlstandserwartung ab. Man müsse immer stärker kämpfen, um den Status Quo noch zu erhalten. Diese Abstiegsängste drücken sich in dem Gefühl aus, zu kurz zu kommen, von der Politik nicht gesehen zu werden: Wo bleibe ich? Warum kommt bei mir nichts an?

„Und wir hatten die letzten 20 Jahre [...] dicke fette Jahre, muss man sagen [...]. Mittlerweile ist es halt nicht mehr so [...]. Weil du zahlst für die Miete ein Vermögen, alleine kannst du dir eine Wohnung fast gar nicht mehr leisten [...]. Musst du eigentlich schon fast zu zweit sein [...], dass einer mit seinem Gehalt im Prinzip für die Wohnkosten etc. zuständig ist. Und die andere Hälfte kann man dann [...] essen, trinken oder so. Also große Sprünge sind dann auch nicht mehr

*drin. Und mit Kindern sowieso nicht, [...] diese fetten Jahre sind rum, und das merkt jeder. Das merkt jeder an seinem Geldbeutel [...].“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, CDU)*

Auch mit sinkender Inflation sitzt die Sorge darüber, sich kaum noch etwas leisten zu können, tief. Lebensmittelpreise werden weiterhin als sehr hoch empfunden, gepaart mit steigenden Mieten, Heizkosten und Strompreisen. Die insgesamt hohen Lebenshaltungskosten sehen die Teilnehmenden der Gruppendiskussionen als Bedrohung für den eigenen Wohlstand an.

*„Ja, ich finde eigentlich schlimmer, die steigenden Preise. Man kann sich kaum was erlauben. Ich gehe einkaufen, nach einer Tüte Lidl, 50, 60 Euro, und weiß nicht mal, was ich im Endeffekt gekauft habe. Das reicht für ein paar Tage und dann war es das, wenn überhaupt. Also das ist einfach nur Irrsinn geworden.“ (AfD-Gruppe, Essen)*

*„Man holt nur das Nötigste, Brot, ein bisschen Wurst, vielleicht ein bisschen Obst und Gemüse, nicht immer was zum Kochen oder so. Und 50 Euro oder 70 Euro sind weg. Und als Alleinerziehende ist das echt schwierig.“ (AfD-Gruppe, Suhl)*

Das Empfinden, dass der Wohlstand in Deutschland zudem ungerecht verteilt ist, ist in allen Gruppen spürbar. Für die Gesamtgesellschaft wird eine immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich beschrieben.

*„Also da finde ich schon, dass es vielen, vielen Leuten finanziell richtig schlecht geht. Und das wird einfach so unter den Tisch gekehrt. Die, die wenig Geld haben, [...] da ist am 25. vorbei, da wissen die nicht mehr, wie sie da einkaufen sollen. Und das ist unfair, das ist nicht gerecht in Deutschland.“ (AfD-Gruppe, Essen)*

*„Und, ja, wir haben ja dann so eine Schere zwischen Arm und Reich, die immer weiter aufgeht. Also, das soziale Gefüge droht halt, sich immer mehr zu polarisieren. Und das ein Problem.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, Linke)*

Altersarmut ist dabei insbesondere in den AfD-Gruppen sowie in der gemischten Wählergruppe in Suhl ein präsenes Diskussionsthema. Die Rente reiche vielen nicht mehr zum Leben. Dass Menschen im Alter Flaschen sammeln gehen müssen, wird als Sinnbild dafür herangezogen, wie in Deutschland Lebensleistung nicht mehr geachtet werde.

*„Na ja, aber ich finde das schlimm, wenn eine Rente kriegt, die, wer weiß wie lange gearbeitet hat, wenig Rente kriegt und abends Flaschen sammeln geht. Ich meine, das wird ja immer mehr. Es kann doch nicht sein, dass wir hier vergessen werden.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)*

*„Meine Mutter hat ganz lange im Theater gearbeitet. Hat als Regisseurin gearbeitet und ist auch durch ganz Deutschland und die Welt gekommen. Und hat ihr ganzes Leben lang für die Kultur und für alles mehr Mögliche hier getan und kommt mit 700 Euro Rente nach Hause.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, CDU)*

Aus diesem Ungerechtigkeitsempfinden heraus und in der Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg eröffnen sich vermeintliche Verteilungskonflikte, die in verschiedenen Arenen ausgetragen werden. In den AfD-Gruppen wird die Hauptursache des (drohenden) Wohlstandsverlusts in der verstärkten Zuwanderung gesehen. Dadurch, dass staatliche Gelder für die Versorgung von Geflüchteten aufgebracht werden müssen, fehle das Geld für den Erhalt des Wohlstands für den Rest der Bevölkerung.

Aber auch Geldströme ins Ausland, allen voran in der Finanzierung von Hilfen für die Ukraine, werden insofern kritisiert, als dass vermeintlich stets für andere das Geld ausgegeben, nur die eigene Bevölkerung nicht gesehen werde und auf der Strecke bleibe. Dieser Unmut über eine als ungerecht wahrgenommene Verteilung öffentlicher Mittel wird auch in den gemischten Wählergruppen laut.

 „Wegen dem, wie die Gelder verwendet werden. Also Rüstungsindustrie nennt man das, glaube ich. Für was die auf einmal Geld haben.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

 „Oder auch so Wertschätzung der Älteren, sozusagen der Senioren. Auch Lebensleistung so. Also, sowas. Oder über Sachen wie jetzt so eine Grundrente wird halt, sage ich mal, zwei, drei Milliarden Euro. Aber für Bankenrettungen oder Kriege und Waffen, da sind über Nacht 10, 20 Milliarden Euro da. Woher auch immer.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, CDU)

In den AfD-Gruppen und der gemischten Gruppe in Suhl werden die Verteilungskämpfe zusätzlich gegen Arbeitslose und Empfänger von Bürgergeld ausgetragen. Die Einstellung, Arbeit lohne sich nicht mehr, ist hier tief verankert. Wie auch in Bezug auf Zugewanderte besteht die Auffassung, andere bekämen etwas, ohne Leistung zu erbringen. Der daraus entstehende Frust entlädt sich in scharfen Aussagen, in Deutschland werde das Nichtstun finanziert.

 „Genau das Problem, wenn ich dann manchmal sehe, wie viel man bekommt für Nichtstun. Da schwillt mir der Kamm.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

 „Gerade im Pflegebereich, im Dienstleistungsbereich, [...], die kündigen ohne Ende, [...] weil die Leute, wenn sie Bürgergeld beantragen, besser leben, als wenn sie einen ganzen Tag schufteten. Und das kann nicht sein [...].“ (Gemischte Gruppe, Suhl, CDU)

 „Wir finanzieren einfach Arbeitslosigkeit, in Anführungszeichen, beziehungsweise wir finanzieren Nichtstun.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

In den gemischten Wählergruppen wird das düstere Bild des Wohlstands in Deutschland durch den Fachkräftemangel ergänzt – an allen Ecken und Enden fehle es an Personal, sodass vieles nicht mehr so funktioniere, wie es eigentlich sollte.

 „Es ist alles in Deutschland unterbesetzt.“ (Gemischte Gruppe, Essen, SPD)

Immer wieder taucht ein nostalgisches Bild der Vergangenheit zwischen den Zeilen auf, dass früher vieles besser lief, man sich mehr leisten können, der Wohlstand insgesamt höher war. Es scheint ein gewisses Bedürfnis daraus zu sprechen, wieder mehr Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu verspüren, wieder davon überzeugt zu werden, dass es in Deutschland bergauf, wieder vorwärts geht.

## Klimawandel und Klimapolitik

Nach den aktuell drängenden Problemen und Herausforderungen gefragt, fällt schnell auf, dass das Thema Klimawandel und Klimapolitik sehr spät im Diskussionsverlauf auf den Tisch gebracht wird, teils sogar gar nicht benannt oder sogar nur auf Nachfrage diskutiert wird. Einmal thematisiert, wird der Klimawandel als Problem grundsätzlich weiterhin anerkannt und gerade von Grünen-Wählerinnen und -Wählern in den Diskussionsrunden auch als zentrales Wahlmotiv benannt.

 „Ich habe halt zwei Töchter. Und die sollen irgendwie auf diesem Planeten noch leben. Und im besten Fall vielleicht auch denen ihre Kinder noch.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, Grüne)

Jedoch zeichnet sich sowohl in den AfD- als auch den gemischten Gruppen ein großer Konsens ab, dass viele andere Herausforderungen in Deutschland gerade eine höhere Dringlichkeit haben. Im Angesicht von wirtschaftlichem Abschwung, eines drohenden Wohlstandsverlusts und allen voran in den AfD-Gruppen der als besonders drängend wahrgenommenen Migrationsfrage scheint Klimapolitik insgesamt an Bedeutung zu verlieren.

 „Also ich meine, Thema Klima ist ein langfristiges Problem, was uns vielleicht jetzt nicht an jeder Stelle tangiert. Aber hier auf diese Plakatwand haben wir Themen aufgeschrieben, meines Erachtens, die uns einfach momentan tangieren, die uns umtreiben und die uns auch für die Zukunft quasi Angst machen. Und das sind wirklich brandaktuelle Sachen.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

 „Naja, den Klimawandel gibt es [...]. Aber Klimapolitik würde mich jetzt hier in dieser Debatte nicht so sehr interessieren wie soziale und gesellschaftliche Probleme.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, SPD)

In den AfD-Gruppen wird Klimawandel zuweilen als „Luxusproblem“ verhandelt, mit dem man sich erst auseinandersetzen könne, wenn elementare Herausforderungen wie der Erhalt des Wohlstandes sowie allen voran die Migrationspolitik vorangebracht werden. Klimaschutzmaßnahmen werden als zusätzliche finanzielle Belastung wahrgenommen, die in Zeiten von Inflation, Rezession und allgemeiner Versorgungsunsicherheit als nicht zumutbar gelten.

 „Das ist ein Luxusproblem heutzutage. [...] Wenn den Leuten ins Portemonnaie gegriffen wird, dann scheißen die auf das Klima.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

Vereinzelt – wenn auch in der Gruppe in Suhl etwas stärker vertreten – bringen Teilnehmende der AfD-Gruppen auch einen grundsätzlichen Zweifel am menschengemachten Klimawandel ins Spiel. Hier greifen verschiedene Verschwörungserzählungen ineinander, die insgesamt zu der Deutung führen, die Regierung nutze den Klimawandel, um der Bevölkerung „das Geld aus der Tasche zu ziehen“.

 „Ich glaube an Klimawandel irgendwie gar nicht. Weil, früher war es auch warm, als ich Kind war.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

 „Dieser Klimawandel findet statt. Also er ist unbestritten, aber er wird schamlos für eine gewisse Agenda ausgenutzt, um uns als kleinen Bürger, beziehungsweise vielleicht auch ganze Völker, Nationen irgendwo abzuzocken.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

 „Wegen dem Thema Klimawandel, das finde ich auch alles ein bisschen problematisch, [...] dass es jetzt eine Katastrophe ist. Weil, wenn man so zurückschaut, auf die Erde vor Millionen Jahren. Es gab jederzeit Klimaperioden, [...] extreme Hitzewellen oder Kältewellen, die es auf der Erde gab. Ich denke mal, dass es eigentlich von Menschen gemacht ist, diese Aussage, es gibt einen Klimawandel, der uns schaden könnte, der unsere Erde kaputt macht. Einfach um noch mal finanzielle Möglichkeiten zu haben, wie der Staat noch mal verdient.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

Unabhängig der Akzeptanz des menschengemachten Klimawandels wird die aktuelle Klimapolitik vor allem unter den AfD-Wählerinnen und -Wählern als eine Bevormundung der Bevölkerung empfunden. Verbote werden als Beschränkung persönlicher Freiheiten erachtet und als Beispiel für die Entmündigung der Menschen durch den Staat.

 „Na ja, da geht es ja eigentlich schon darum, dass der Staat in immer mehr Privates eingreift. Wie ich zu heizen habe, welches Auto ich zu fahren habe. Das zieht sich ja durch das ganze Leben irgendwie. Man hat das Gefühl, also, eigentlich möchte man ja weniger Staat, mehr Eigenverantwortung. Und die wird den Menschen komplett genommen.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Die Verantwortung für das Erreichen der globalen Klimaziele wird dabei stets woanders gesucht: International sei der Anteil deutscher Emissionen verschwindet gering, individuelle Anstrengungen seien dadurch wirkungslos und darüber hinaus seien die nachfolgenden Generationen auch stets schlimmer als man selbst in Hinblick auf Ressourcenverschwendung und Umweltverschmutzung.

 „In allen Ländern ringsum wird das ausgestoßen ohne Ende und wir kleineres Mikroland, wir wollen den Diesel verbieten, wir wollen dies verbieten, wir wollen jenes verbieten. [...] Wir kleines Mikroland wollen die anderen retten. Gucken wir jetzt bloß mal eben all die Kriegsszenarien an, was da für Umweltschäden sind. Guck mal die Industrienation an wie China, wie Russland [...]. Was da für Umweltschäden entstehen. Aber bei uns wird alles bis auf das i-Tüpfelchen durchgedrückt.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

 „Ja, vor allem sind wir Menschen wirklich nicht in der Lage [...], [...] [das] Klima zu retten. Das sind atmosphärische Phänomene. Die können wir Menschen nicht von heute auf morgen ändern.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

In den gemischten Wählergruppen besteht ein größeres Verständnis für die Kosten, die zum Erreichen der Klimaziele mitgetragen werden müssen. Der Preis müsse bezahlt werden, um eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu ermöglichen.

 „Es kostet erst mal auch wieder jede Menge Geld. Aber das ist es wert [...]. Also, das ist was, was passieren müsste, auf jeden Fall. Gibt es keinen Weg dran vorbei.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, SPD)

Auch hier äußern die Teilnehmenden jedoch die Sorge über eine ungerechte Verteilung dieser Kosten und eine hohe Belastung der Bevölkerung, die im Ungleichgewicht zu internationalen Anstrengungen gesehen wird.

 „Klima ist schon ein sehr wichtiges Thema. Nur die Art und Weise, wie die Politik an die Sache herangeht, ist für viele überfordernd. Gerade jetzt mit dem Heizungsgesetz die Kosten, die auf einen zukommen. Und da müsste man, statt im sechsten Gang zu fahren, ein paar Gänge zurückschalten, damit man [...] einen Großteil der Gesellschaft mitnimmt. Damit es [...] für alle vertragbar ist. Weil in dem Moment, wenn dann welche wieder links liegen gelassen werden, kann es sein, dass dann [...] dieser Zusammenhalt wegbricht. [...] Und da ist es halt wichtig, dass man dann wirklich eine Politik betreibt, die für alle, ja, Vermögensschichten, sage ich mal, so ertragbar sind, dass man dann schon sein Ziel erreicht.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, CDU)

Einzelne Maßnahmen werden dabei konkret in ihrer Wirksamkeit für den Klimaschutz hinterfragt und kritisiert. Insbesondere wird die Energiepolitik der Bundesregierung am Beispiel des „Heizungsgesetzes“ oder dem Abschalten der Atomkraftwerke unter Zukauf von Strom aus dem Ausland als nicht zielführend wahrgenommen.

„Also, ich bin auch gegen Atomkraftwerke, keine Frage. Aber die in Deutschland waren sicherer als da, wo wir jetzt teilweise den Strom her kaufen. Wo ich so denke, da müssen ja auch alle Länder zusammenarbeiten. Es macht keinen Sinn, wenn nur Deutschland die Atomkraftwerke abschaltet, und kauft dann den Atomstrom von viel gefährlicheren Atomkraftwerken.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, CDU)

„Weil die AKWs sind ja die absolut CO<sub>2</sub>-neutralsten, besten Energiequellen [...]. Deswegen jetzt die schmutzige Braunkohle da und hier, dieses, LNG-Gas aus Amerika, was wahnsinnig viel kostet [...]. Dann diese Windkraftträder, [...], das ist das Schlimmste überhaupt, [...] jede Menge Natur und Wälder mit 200 Jahren alten Bäumen ab[zuh]olzen.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Also ich finde, die Energiewende ist ganz wichtig. [...] Aber wir haben gute Kraftwerke gehabt, die sind abgeschaltet worden. Jetzt kaufen wir unseren Strom, bis das Ganze mit diesen Windrädern [...] erst mal in Gang gesetzt wird [...] von Nachbarländern [...] ein, wo die Meiler so was von alt und gefährlich sind, dass es mir Angst macht. [...] Das, was da in der Politik passiert ist, das hat mich richtig aufgeregt. Und wie gesagt, ich bin für grünen Strom, absolut. Und das kann auch nicht die Zukunft sein. Aber es war bisher sauberer Strom. Und unsere ganzen Atomkraftwerke waren sicherer wie die auf der anderen Seite vom Rhein. Und das ist was, was mir große Sorgen macht. Nicht nur das, dass die Erde sich ständig erwärmt, sondern auch, was ist, wenn dort was passiert? Wir haben es erlebt, vor ein paar Jahren.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, Grüne)

„Wir haben die Atomkraftwerke abgeschaltet. Wir haben auf die falschen Energien gesetzt und jetzt haben wir das große Dilemma. Wir sind der größte Klimaausstoßproduzent in ganz Europa mit Polen zusammen, weil wir die meiste Braunkohle und das meiste Gas gerade verfeuern für unseren Strom. Das heißt, genau das Gegenteil, was die Ökos eigentlich wollten, ist gerade eingetreten, nur weil wir unsere Atomkraftwerke abgestellt haben. Ideologie vor Vernunft, sowas passiert bei den Grünen.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, FDP)

Zudem werden bürokratische Hürden im Ausbau erneuerbarer Energien bemängelt, beispielsweise in der solarenergetischen Umrüstung an Mietbauten. Der Abbau von Bürokratie wird daher auch für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen befürwortet.

## Demokratie

In den Gruppendiskussionen wird eine Gefährdung der Demokratie wahrgenommen. Doch würde die Demokratie, je nach politischem Standpunkt, von unterschiedlichen Polen herausgefordert. Die gemischten Wählergruppen sehen die Demokratie durch das Erstarken des Rechtsextremismus und der AfD gefährdet. Die AfD-nahen Gruppen sehen Grundsätze der Demokratie – wie Meinungsfreiheit – bereits nicht mehr gewährleistet. Recht unmaskiert wird der Begriff „Meinungsfreiheit“ dann verwendet, wenn (wenigstens) ausländerfeindliche Einstellungen folgen.

Von den gemischten Wählergruppen, insbesondere in westdeutschen Bundesländern, wird die AfD als im Kern undemokratische Partei wahrgenommen. Ihr Erstarren sei eine Gefährdung der Demokratie, als dass sie mit Regierungsbeteiligung demokratische Grundwerte wie den Schutz von Minderheiten außer Kraft setzen könne. Zudem sei das Erstarren der AfD ein Spiegel des Zuwachses von antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung, die sich zunehmend in Hass ausdrücken und entladen.

„Das macht mir eher Angst. Also, ich glaube schon an unsere Demokratie, aber man hört sehr viele undemokratische Meinungen, also ja. Und man sagt, die AfD ist eine demokratische Partei, aber das sehe ich eben auch schon wieder kritisch. Und das nimmt halt immer mehr zu.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, CDU)

„Es kamen letztes Umfragen, wie viele Menschen sich inzwischen eine Diktatur wünschen würden. Ich habe die Zahl nicht mehr im Kopf, aber es war schockierend.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, Grüne)

„Wir haben Verwandtschaft im Osten. Da gibt es gar keine Demokratie mehr. Also es ist komplett beim Kippen dort. Die AfD ist ganz, ganz, ganz schlimm. Und das finde ich sehr, sehr bedenklich, dass das so unterwandert wird.“ (Gemischte Gruppe, Hamburg, CDU)

Unter den AfD-Wählergruppen wird es als zweifelsfrei angesehen, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt ist. Dies zeige sich insbesondere am Thema Zuwanderung, zu dem man sich nicht mehr frei äußern könne, ohne „als Nazi abgestempelt“ oder „mundtot“ gemacht zu werden, indem man z.B. in den sozialen Medien gemäßregelt werde. Selbst strafrechtliche Maßnahmen werden erwähnt.

„[...] ein Kollege von mir, [...] irgendwo waren Türken, die da ihn provoziert haben. Ich war nicht dabei, aber das hat er mir dann gesagt, dass er dann, Deutschland den Deutschen, Ausländer raus, geschrien hat. Dann hat der ein Verfahren an den Hals bekommen wegen Volksverhetzung, wurde auch rechtskräftig verurteilt. Das Witzige ist ja, ich habe mich mal damit befasst, wenn die Türken sagen würden: ‚Deutschland den Türken, Deutsche raus‘, wäre das nicht strafbar, weil der Paragraph sich nur gegen Minderheiten richtet. Also, das ist ja auch paradox, meiner Meinung nach.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Ja, und das sehe ich eben auch so mit der Demokratie. Man darf heute wirklich eigentlich so eine Diskussion, wie wir jetzt hier führen, [...] draußen gar nicht führen. Da wirst du gesteinigt. Das darfst du einfach nicht. Und das [...] Furchtbare ist, du bist sofort, wenn man einmal sagt: ‚Also, wir müssen irgendwie die Zuwanderung begrenzen.‘, bist du ein Nazi. Was soll denn der Scheiß?“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

„Ich finde, man sieht es im Sport. Sobald ein Kommentator nur einen falschen Satz wählt aus Spaß [...], siehst du, in den nächsten drei Spielen ist der Kommentator nicht mehr da. Also sprich, der wurde abgesägt. Einfach nur, weil er irgendwie einen anstößigen Kommentar gebracht hat. Wenn man jetzt irgendwie guckt, in 1970er, 1980er, wo sie hieß: ‚Komm, holen wir noch den N\* rein.‘ So, wo Roberto Blanco dann irgendwie als Gast war, [...] da haben die Leute gelacht. [...] Und natürlich sollte man das nicht sagen in der heutigen Zeit. Aber damals wurde noch gelacht und es war gar kein Problem. Heute wird alles einfach durch Social Media und sowas so zugespitzt. Man kann sich kaum mehr äußern, ohne Angst zu haben, was man sagt.“

*Auch wenn man es nur irgendwie ironisch meint, ohne dass einem direkt daraus einen Strick gemacht wird so.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)*

 *„Also man hat das Gefühl, es ist immer weniger Meinung offiziell erlaubt. Genau, es wird viel gecancelt. Viel kontrolliert, gerade im Internet.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)*

Ähnliche Stimmen gibt es auch in den gemischten Wählergruppen, wenn auch differenzierter in der Wortwahl. Meinungsfreiheit sei in Deutschland durchaus gegeben, der Spielraum für freie Meinungsäußerung sogar sehr weitgefasst. Jedoch wird kritisiert, dass viele Themen schnell stark emotional aufgeladen seien und zu einem „Schwarz-Weiß-Denken“ führen würden. Unterschiedliche Meinungen würden kaum noch diskutiert und ausgehalten, was zu einer immer tieferen Spaltung der Gesellschaft beitrage.

 *„Also das sind so kleine, vermeintlich kleine Situationen, die ich jetzt schon öfter mitbekommen habe, oder die politisch Korrekte. Da gab es dann so Diskussionen. Da war ich auch geschockt, wie Lena Uhlig in einer Talkshow sagt, ihren Kindern würde sie verbieten mit Indianerkostüm herumzulaufen, weil, das ist ja nicht mehr politisch korrekt. Und die hat sich dann so richtig da reingesteigert [...]. Das fand ich so bescheuert. Tut mir leid. Und das sind so Tendenzen, auch mit Genderei da. Neunzig Prozent der Leute lehnen das ab und die drücken einem das rein ohne Ende. Das sind so Tendenzen, die mir gar nicht gefallen. Ich weiß jetzt nicht, ob das direkt mit dem Thema Demokratie zu tun hat [...].“ (Gemischte Gruppe, Hamburg, CDU)*

Die starke Politikverdrossenheit unter den AfD-Wählern drückt sich auch darin aus, wie Demokratie verhandelt wird. Die eigene Stimme habe kein Gewicht mehr, da Politiker sowieso machen, was sie wollen und ihre Wahlversprechen nicht einhalten. Dieses gefühlte fehlende Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht lässt bei einigen ein Gefühl der Ohnmacht zurück, aus dem heraus sie die Demokratie an sich infrage stellen.

 *„Demokratie war ja früher das Verständnis, ich habe auch als kleines Rädchen im System, als Bürger, habe ich noch irgendwo das Gefühl, ich habe Mitsprache. Das geht mir total verloren. Natürlich, man hört meine Meinung und denkt sich: ‚Okay, hat einer was gesagt.‘ Aber dann ist wieder Wurst. ‚Ich bin Politiker, ich mache dann, was ich mir auf die Fahne geschrieben habe oder was ich mir halt so denke.‘“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)*

 *„Uns wird gesagt, wir leben in einer [Demokratie], wie eben gesagt. Und es fühlt sich aber eher wie eine Diktatur. Uns wird was gesagt, das Volk entscheidet zusammen. Für mich fühlt sich das aber erst so an, als würde das Volk Vorschläge bringen und der Staat haut diese komplett gegen die Wand.“ (AfD-Gruppe, Suhl)*

Dieses Ohnmachtsgefühl drückt sich auch in der Beschreibung der Corona-Pandemie aus, die als Beispiel für undemokratisches Verhalten der Regierung herangezogen wird. Der Staat habe sich mit den Corona-Einschränkungen über die Bevölkerung hinweggesetzt und Grundfreiheiten eingeschränkt, wodurch das Vertrauen in die Demokratie erschüttert worden sei.

 *„Ja, die wollten ja auch demonstrieren und alles gegen die Corona-Regeln. Die haben sich auch eingesperrt gefühlt, die Leute. Und da wurde ja auch das Grundgesetz, weil eigentlich ist der Mensch ja ein freier Mensch. Und das wurde ja auch darauf nicht geachtet und alles.“ (AfD-Gruppe, Suhl)*

Es werde mit zweierlei Maß gemessen, da die deutsche Bevölkerung sich nicht kritisch gegenüber Zuwanderung äußern dürfe. Zugewanderte dürften Deutsche hingegen beleidigen – vermeintlich ohne Konsequenzen.

 „Also Ausländer sagen sehr schnell zum Deutschen: ‚Du bist rassistisch, weil du gerade deine Meinung geäußert hast.‘ Umgekehrt sagt der Ausländer: ‚Ich darf meine Meinung äußern. Weil wir sind hier ja in Deutschland, hier ist Meinungsfreiheit, ne?‘“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

 „Unser Land wird mit Moslems geflutet. Ich halte den Islam für eine Riesengefahr für unser Land. Und was die anrichten können, hat man ja jetzt gesehen. Mit welcher Brutalität die vorgehen. Ich habe einfach Angst vor denen, muss ich sagen. Also nicht vor jedem Moslem. Es gibt auch ganz nette Familien, die da jetzt nicht so extrem sind. Aber so im Großen und Ganzen halte ich den Islam für eine sehr große Gefahr für unsere Demokratie, die wir ja angeblich haben.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Zudem gebe es keine unabhängige Medienlandschaft mehr, sondern die Medien berichteten lediglich regierungskonform unter gleichzeitiger Diffamierung der AfD.<sup>14</sup>

 „Was auch im Fernsehen deutlich zu sehen ist, auch bei gewissen Sendungen im Öffentlich-Rechtlichen wie Markus Lanz oder so. Und wo ich mir wirklich vorkomme, das klingt alles so nach Regimesendungen irgendwie. [...] Wie in einem diktatorischen Regime quasi. Also nicht ganz. Aber wo wirklich konträre Meinungen von vornherein plattgemacht werden oder man versucht, die gar nicht zu Wort kommen zu lassen, man fällt denen immer ins Wort rein. Und man lässt die Leute gar nicht ausreden.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Vor allem, aber nicht ausschließlich, wird vermutet, dass AfD-nahe Inhalte aus dem gesellschaftlichen Diskurs verbannt werden. Zu einem demokratischen Diskurs gehöre auch, die Meinungen einer Wählergruppe nicht von vornherein zu delegitimieren, sondern (immer wieder) miteinander ins Gespräch zu kommen. Diese (Gesprächs-)Offenheit wird dabei als integraler Bestandteil eines demokratischen Systems und ihrer Institutionen begriffen. In diesem Sinne liege es in der Verantwortung der politischen Parteien, auch womöglich eher unliebsame Meinungen aufzunehmen, sich damit zu beschäftigen und ggf. ein demokratisches, politisches Angebot zu machen – auch ohne die AfD hier als Partei zu beteiligen.

 „Wenn man jetzt natürlich von vorneherein sagt: ‚Wir schließen von vorneherein 20, 30, teilweise in Sachsen jetzt sogar 35 Prozent der Wählerschaft und dann hochgerechnet auch der Bevölkerung aus.‘ Die Frage ist dann, wie weit ist es dann noch demokratisch? Also [...] inwieweit hat dann die Demokratie ein Problem, wenn dann 30 Prozent der Bevölkerung erst mal per se ausgeschlossen werden.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, CDU)

 „[...] nicht dass sie mit denen zusammenarbeiten, stört mich. Das stört mich nicht. Weil ich finde, ob ich die mag oder nicht, [...] wir sind eine Demokratie. Die sind gewählt worden. Und in dem Moment, wo ich sage, jetzt, die sind alle scheiße [...], nehme ich den Wählern die Legitimation.“ (Gemischte Gruppe, Essen, SPD)

Die AfD-Gruppen fordern – wenig überraschend – eine Einbeziehung der AfD in politische Entscheidungsprozesse. Auf Parteebene nicht mit der AfD reden und zusammenarbeiten zu wollen, sei undemokratisches Verhalten.

Da die AfD gewählt wurde, ist sie demokratisch legitimiert und ihr müsse entsprechend grundsätzlich auch der Weg für eine Regierungsbeteiligung offenstehen. Dies akzeptiere man für die eigenen politischen Gegner und könne dadurch ebenso für die AfD eingefordert werden.

„[...] ich finde, egal ob ich der Meinung der AfD bin oder nicht, oder ob ich die wählen würde oder nicht, gehört es einfach zu einem demokratischen Diskurs dazu, dass man miteinander spricht und niemanden ausgrenzt. Und das finde ich interessant, wie diese Ausgrenzung, diese Brandmauer, wie es ja genannt wird, salonfähig geworden ist. Und das hat für mich mit Demokratie nichts mehr zu tun. Ich [...] finde diese Menschen unsäglich, aber ich würde auch keine Brandmauer zu den Grünen setzen. Das finde ich genauso wenig in Ordnung. Weil letztendlich das demokratisch gewählte Volksvertreter sind, ob mir die nun passen oder nicht, die quasi in den Diskurs mit einbezogen werden sollten.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Nein, eine Demokratie ist eigentlich, wenn eine Partei, die, sage ich jetzt mal, AfD 25 Prozent, oder auch wenn es so 20 Prozent ist, bekommt, dass die dann auch mitzuregieren haben. Und genauso müsste ich das dann akzeptieren, wenn die linke Partei oder die Grünen so viel kriegen. Wenn die wirklich 20, 25 Prozent kriegen, dann müsste ich akzeptieren, okay, viele Menschen wollen das. Und dann müsste man da irgendwie eine Lösung finden. Aber eine Partei, die viele Stimmen bekommt, kategorisch auszuschließen, ist für mich undemokratisch.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Wir haben keine Demokratie, weil, sobald die den Mund aufmachen, alle anderen wie die Geier drauf. Und für mich gehört eine Gesprächskultur [dazu], egal ob jetzt er oder sie eine andere Meinung hat. Aber diese Gesprächskultur gibt es nicht mehr. Politisch schon mal gleich gar nicht, ja? [...] Und da ist das Problem mit der Demokratie, die wir eben nicht haben. Ich kann eine andere Meinung haben und ich kann die auch blöd finden, was der andere erzählt, aber ich lass ihn ausreden. Und ich denke wenigstens mal drüber nach, ohne gleich loszuschreien. Und das gibt es im Bundestag nicht mehr.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

## Das Image der Parteien und Wahlmotive

In gemischten Wählergruppen ist das Vertrauen in die Kompetenz der etablierten Parteien stark erschüttert. Wahlmotive können kaum verbalisiert werden, vielmehr prägt die Enttäuschung über die politische und handwerkliche Arbeit das Bild. Die AfD wird hingegen von ihren Wählern als Hoffnungsträger gesehen, obgleich auch hier Zweifel an der Umsetzung ihrer Versprechen bestehen.

### Das Image der AfD

Der AfD wird von ihren potenziellen Wählern eine Chance auf eine zukünftige Regierungsbeteiligung zugeschrieben. Protestmotive sind kaum noch auszumachen, auch wenn die Unzufriedenheit bleibt.

Uneins scheint man sich dennoch, inwiefern die AfD tatsächlich bessere Regierungsarbeit leisten könne. Auf der einen Seite wird der AfD von ihrer Wählerschaft ein Verbesserungspotenzial zugeschrieben. Sie setze sich für deutsche Interessen ein und man fühlt sich der Partei auch inhaltlich verbunden. Übereinstimmungen der eigenen politischen Einstellungen mit dem Parteiprogramm der AfD werden mit einer großen Selbstsicherheit ausgesprochen.

Politiker der AfD seien tatsächlich gewillt und bemüht, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen und auf Augenhöhe zu sprechen. Dadurch fühle man sich gesehen und verstanden, während man sich durch andere Parteien im Gegensatz dazu eher bevormundet fühle – oder gänzlich übersehen. Nicht nur zeichnet sich also eine große inhaltliche, sondern auch emotionale Nähe zur AfD in der Wählerschaft ab.

„Man fühlt sich auch verstanden, weil die sprechen das aus, womit die meisten Probleme haben, wirklich. Die meisten beschwerten sich über die Ausländer, was das mit dem Corona war. Und die nehmen das und wollen das auch umsetzen, die Probleme von den Leuten.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

„Also, sie sprechen einfach die Probleme an, sie hören auch mal zu [...] Vor einer Wahl, wenn die irgendwie rumreisen. [...] Die anderen [...] tun einen, wie so ein Depp, ein bisschen auf die Schulter klopfen. Das macht die AfD nicht, sondern die hören schon auch zu. Und die machen auch in diesen Wahlkreisen, wo sie dann ein bisschen mehr zu sagen haben, setzen die schon auch nachweislich Dinge um [...] Das ist einfach so und deshalb finde ich schon, es ist die Chance, tatsächlich Dinge, weil sie sie ansprechen, zu verändern. Und ich glaube es denen auch eher als dem ganzen Rest der anderen Parteien.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

„Wenn man das Parteiprogramm der AfD liest, finde ich das eigentlich sehr vernünftig, was da drin steht. Ich bin auch der Meinung, dass die AfD die ganze Zeit auch schon Politik macht, obwohl sie in der Opposition ist. Weil viele Sachen von anderen Parteien übernommen werden.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Und wenn man sich das Programm anguckt, ist ja das noch, wo ich mich mit identifizieren kann, wo ich sage, hier wird etwas für mich getan. Wenn es dann auch so umgesetzt wird.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Für mich ist die AfD die einzige Partei aus dem Grund, weil sie [...] Deutschland als einzige Partei, glaube ich, drinne hat und sich wirklich für die Interessen der hiesigen Bevölkerung einsetzt.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

„Ich bin absolut überzeugt davon. [...] Weil, ich habe mir schon sehr viele Reden von denen angehört. Also das spricht mir vollkommen aus der Seele. Und ich bin einfach der Meinung, dass die das schaffen.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Sie sei die einzige Partei, die die bestehenden Probleme, allen voran in der Migrationspolitik, wahrnehme und klar benenne. Dies sei durch andere Parteien nicht geschehen. Migrations-, Ausländer- und Asylpolitik sind zentrale Themen in der AfD-Anhängerschaft. Nur ihr spricht man hier eine Kompetenz zu, die wahrgenommenen Probleme anzugehen, d.h. einen Wechsel zu einer restriktiven und härteren Asylpolitik umzusetzen.

„Na, weil wir Riesenprobleme haben mit der Migration, aber die AfD die einzigen sind, die sagen, wir begrenzen und führen auch zurück. Alle anderen fluten unser Land regelrecht mit Menschen, die eben hier zum größten Teil sich dann in unserem Sozialsystem wohlfühlen.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Immer wieder tauchen dabei Gedanken auf, die auf rechtsextremistischen Denkweisen beruhen (wie dem „großen Austausch“). In den Gruppendiskussionen wird dieser Diskurs offen geführt mit Sicherheit und Selbstbewusstsein und ohne Widerspruch der anderen Teilnehmenden.

„Meine größte Sorge ist tatsächlich, dass, wenn ich alt bin, ich die Minderheit im eigenen Land bin. Und wenn ich Kinder bekomme, was ich geplant habe, dass die die Minderheit sind. Und die einzige Hoffnung, die ich so aktuell noch sehe, wie das aufgehalten werden kann, ist, wenn die AfD mal einen größeren Zuspruch bekommt. Und dann auch wirklich das macht, was sie verspricht, dass sie die Grenzen kontrolliert und Ausländer ausweist, und so weiter.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Ich habe nichts gegen Religion. Aber [...] sie gehen nicht als einzelne Person. Die gehen in Gruppen. Und das macht schon Angst [...]. Also als Frau sehen die dich nur als, was weiß ich, als Schlampe. [...] die jetzige Politik, ja, die jetzige Regierung, die macht alles gegen die Menschen und die AfD setzt sich für die Menschen.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Im Nachgang wurden einige Aussagen von AfD-Anhängern über die Politik und Kommunikation der AfD anhand deren Kommunikation z.B. bei Facebook geprüft. Teilnehmende der AfD-Gruppen in allen Regionen können Debatten und Programmatiken der AfD gut wiedergeben. Auch Details der AfD-Kommunikation erreichen Anhänger. Das offensichtlich große Debattenwissen lässt auf eine effektive politische Kommunikation der AfD schließen, vor allem in den sozialen Medien, über die sich die Teilnehmenden nach Eigenauskunft hauptsächlich informieren.

Die Anhänger der AfD halten die Politiker der AfD für kompetent und gebildet. Allen anderen Politikern, insbesondere den Grünen, wird abgesprochen, über gute Politiker zu verfügen.

„Ich kann da mit vielen Politikern richtig viel anfangen, was die sagen, hat Hand und Fuß. [...] Bei der AfD höre ich bei jedem und das hat wirklich Hand und Fuß, egal wer von denen spricht.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Aber es ist, glaube ich, die einzige Partei, die eine höhere Dichte an Personen im Bundestag hat, die über einen gewissen Intellekt verfügen. Und ich mir jedes Mal vorstelle, was für eine Qual es für eine Frau Weidel sein muss, einer Frau Baerbock zuhören zu müssen, die nun tatsächlich über meines Erachtens nicht unbedingt die solideste Bildung verfügt. Deswegen ist es ein Grund für mich zu sagen, auch wenn ich da mit dem einen oder anderen Probleme habe, ja, zumindest ist eine gewisse Grundbildung vorhanden. Und ich kann die insofern ernst nehmen.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Die Positionierung als intellektuelle Rechte dient nicht nur der Abgrenzung gegenüber den anderen Bundestagsparteien, sondern auch im Hinblick auf die „richtigen Nazis“, von denen man sich immer wieder distanziert. Rechtsextremismus wird in der AfD generell nicht gesehen.

„Wie kann man es sich erlauben, die als rechtsradikal hinzustellen, nur weil sie die Migration begrenzen wollen? Diese Kriminalität aus unserem Land wieder ein Stückchen raushaben wollen? Was ist daran bitte rechtsradikal? Ich finde das so unerhört, auch den Herrn Höcke als Nazi zu bezeichnen. Okay, der hat ein sehr patriotisches Auftreten, aber ich kann eigentlich nichts Rechtsradikales finden. Es tut mir leid. Und ein Nazi, Entschuldigung, wir haben im Dritten Reich gesehen, wozu die fähig waren. Das eine hat mit dem anderen für mich gar nichts zu tun. [...] Ich habe in 30 Jahren noch nirgendwo hier im Rechtsradikalen gesehen, der mich mit

*Springerstiefeln und der Keule bedroht hätte. Was ist das für ein Quatsch?“ (AfD-Gruppe, Leipzig)*

Die AfD verkörpert dabei die eigenen Widerstände und Ressentiments gegen aktuelle, auch kulturelle Entwicklungen, sei es etwa in der Wortwahl (Gendern, Political Correctness), aber auch in der grundsätzlichen Ablehnung von Migranten. Indem die AfD sich aus Sicht ihrer Anhängerschaft gegen den heftigen Gegenwind aus den öffentlich-rechtlichen Medien sowie anderen Gruppen standhaft zeigt und sich nicht „einschüchtern“ lässt, gewinnt sie in den Augen ihrer Wählerschaft an Respekt. Die Anerkennung, die der AfD für ihr Auftreten gegen alle Widerstände gezollt wird, zählt auf eine emotionale Nähe in der Anhängerschaft ein.

 *„Die AfD zum Beispiel ist eine Partei, die wird von allen ausgebuht [...]. Aber die sind die Einzigen, die sich getrauen, diese Themen anzusprechen. Immigration und und und.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)*

Die Wahrnehmung einer Machtperspektive bildet ein starkes Wahlmotiv, das in bisherigen Studien in dieser Form noch nicht zum Tragen kam: Während in einer Studie von 2016 beispielsweise die Bildung einer starken Opposition als Wahlmotiv galt und eine direkte Regierungsbeteiligung eher unrealistisch erschien, wenn dies auch von überzeugten AfD-Wählerinnen und -Wählern erhofft wurde<sup>15</sup>, gehen die steigenden Umfragewerte an den Teilnehmenden dieser Studie nicht vorbei. Dass die AfD nicht nur in den ostdeutschen, sondern mittlerweile auch in vielen westdeutschen Bundesländern an Wählerstimmen gewinnt, scheint zu einem neuen Selbstbewusstsein als „normalisierte“ Partei der Mitte beizutragen.

 *„Man muss halt sagen, die hat sich, die AfD hat sich in die letzten, weiß gar nicht wie vielen Jahren, normalisiert, ne? Also klar, früher gab es viele, ich nenne sie einfach mal, Extremisten, ja? Die härtere Meinung hatten. Die wurden über die Jahre aussortiert und mittlerweile ist die AfD in der Mitte der Gesellschaft eine angekommene politische Institution.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)*

 *„Ja, mit der Regierungsbildung [...], die AfD hat das Zeug dazu. Man sieht es an dem Herrn Sesselmann in Sonneberg. Der ist ja da erster AfD-Landrat, war dick in den Medien. Und man hört nichts mehr [...], er macht sein Zeug, er macht seinen Job.“ (AfD-Gruppe, Suhl)*

Auf den ersten Blick scheint die Wahrnehmung einer Normalisierung verwunderlich, da eine Radikalisierung der Partei offensichtlich ist, wie die Einstufung einiger Landesverbände als gesichert rechtsextrem durch die Verfassungsschutzbehörden zeigt.<sup>16</sup> Tatsächlich ist Normalisierung hier eher quantitativ, nicht qualitativ gemeint: Es bezieht sich schlicht darauf, dass immer mehr AfD wählen (wollen), es also immer normaler wird, sich auch zur AfD zu bekennen und seine Wahlabsicht kundzutun.

 *„Es ist ja auch ein bisschen gesellschaftsfähiger geworden, zu sagen, AfD [...]. Am Anfang, vor zwei oder drei Jahren, als ich das auch mal gesagt habe, da wurde ich angeguckt. Oh Gott. [...] Ich fühle mich auch nicht mehr so als Außenseiter. Damals war es noch echt so. Ein Horror.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)*

Insofern wundert es nicht, dass in den AfD-Gruppen selbst dieses Normalisierungsnarrativ, aber eben auch das Machtmotiv stark zu spüren ist, was sich u.a. in Glücksgefühlen äußert, dass sich „nun endlich“ etwas verändern könne. Kurzum: Man dürfe jetzt nicht nur die AfD (endlich) wählen,

weil es immer mehr tun, sondern sollte auch, weil sie jetzt auch tatsächlich an die Macht kommen könnte.

 „Bei der AfD hat man noch Hoffnung, dass da was Gutes passieren könnte, dass da endlich mal positive Veränderungen auftreten und nicht nur negative. Deswegen habe ich da eher so ein hoffnungsvolles Gefühl dabei.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

 „Ja, man hat die Hoffnung, dass endlich was bewegt wird, mehr bewegt wird.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Auf der anderen Seite prägen jedoch Zweifel das Bild, ob die AfD wirklich zu einer Verbesserung beitragen werde. Das Misstrauen in Institutionen ist hier immanent; auch die AfD ist davor nicht gefeit. Dass die AfD mit einem Regierungsauftrag ihre Wahlversprechen auch umsetzt, wird nicht als gegeben gesehen. Vielmehr wird auch der AfD eine Strategie des „Wahlstimmefangs“ unterstellt.

 „[...] man hatte oft viele Versprechungen, ne? Ich meine, das, was die dazu zu sagen, ist für mich jetzt am ansprechendsten [...]. Wenn das natürlich auch umgesetzt wird, phantastisch. Aber, wir hatten ja öfter also zu den Wahlprogrammen die tollsten Sachen schon gehört. Und ist nichts davon wahrgemacht worden.“ (AfD-Gruppe, Essen)

Trotz dieser Zweifel ist die Enttäuschung über andere Parteien jedoch so groß, dass die AfD zum Hoffnungsträger wird, dass es vielleicht doch besser werde – zumindest aber nicht schlechter ausgehen könne.

 „Ja, so ein bisschen so der letzte Rettungsanker [...]. Also man hatte ja ewig eigentlich mehr so die Wahl zwischen Pest und Cholera.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

 „Also größere Versager als die Grünen können es nicht sein.“ (AfD-Gruppe, Berlin)<sup>17</sup>

Von den etablierten Parteien fühlen sich AfD-Anhängerinnen und -Anhänger so weit abgestoßen, dass sie in der AfD die einzige Alternative in der gegenwärtigen deutschen Politiklandschaft sehen.

 „Ich war auch anfangs gar kein Fan, aber langsam, langsam, gegen meinen Willen, muss ich echt sagen, also wenn ich wählen gehe, was sonst. Ich habe da selber keinen Bock drauf, aber wenn, was sonst. – Das ist die Alternative. – Ich hätte gerne die bessere Alternative.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

 „[...] ich habe die Hoffnung so verloren, bin so frustriert, dass ich sage, nicht weil ich ein Nazi bin, ich würde die AfD wählen, weil das aus der Frustration heraus geschuldet ist. Weil ich hier einfach keine Hoffnung oder kein gutes Ende mehr sehe in Bezug auf die anderen Parteien, dass die hier irgendwas noch retten können.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Es ist eine Wahl, die aus der Überzeugung heraus getroffen wird, dass ein radikaler Wechsel erforderlich sei, um die Richtung des Landes zu ändern. Nach der Ära Merkel und nun zwei Jahren Ampel-Regierung sei die AfD am Zuge und habe eine Chance verdient, sich zu beweisen. In einer als starr wahrgenommenen politischen Landschaft gilt die AfD aufgrund dessen, dass sie bisher noch nicht an der Regierung beteiligt war, als „unverbraucht“ und auch knapp elf Jahre nach ihrer Gründung weiterhin als „frischer Wind“. Sie sei im Gegensatz zu allen anderen Parteien nicht in

Lobbyismus und Korruption verstrickt und könne daher als einzige Partei ein als verkrustet wahrgenommenes System aufbrechen.

„Aber ich glaube einfach, dass es natürlich immer so ist in der Politik, dass wenn eine neue Partei kommt, die anderen haben so Abnutzungerscheinungen, einfach aus dem Apparat heraus. Das ist immer gut, wenn da praktisch mal eine Frischzellenkur so hineinkommt und den Laden mal neu aufmischt.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Ich würde mal sagen, die AfD ist noch nicht so unterwandert von den Leuten, die da so im Hintergrund agieren und die Politiker formen und denen dann vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

„Aktuell ist für mich tatsächlich von dem, was ich so mitkriege, die AfD die einzige, wo ich sage, die waren noch nicht dran. Die haben noch keine Scheiße gebaut, für die sie verantwortlich waren. Lasst es uns doch mal probieren.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

Als neue, nun tatsächlich auch starke Kraft im politischen Gefüge wird sie daher zum Hoffnungsträger, den lang ersehnten Wandel herbeiführen zu können – der AfD eine Chance zu geben, bedeutet, sie auch trotz der Zweifel und ohne vollständig überzeugt zu sein zu wählen. Man müsse eben schauen, was dabei rauskomme. Und wenn es nichts wird, dann halte man eben weitere vier Jahre durch und würde dann wieder eine andere Entscheidung treffen.

„Zur Partei, warum ich die AfD wählen würde. Auf jeden Fall ist es für mich das kleinere Übel. [...] [V]om Programm her finde ich die auch sehr vernünftig. Ob die das besser machen werden als die anderen, das kann man nicht wissen, weil, die sind ja noch nie rangelassen worden [...].“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Und warum sollen wir die mal nicht machen lassen? Dann wird man sehen, ob sie es hinkriegen oder nicht.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

„Vielleicht geht es ja auch in der Hose. Dann müssen wir uns neu umgucken.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

„[...] AfD, für mich ist einfach eine Alternative, wie der Name schon sagt, zu den Alten. Ist eine Chance: Mal gucken, ob es klappt und wenn nicht, verschissen. Okay. Da muss man gucken. [...] Ist eine Bewährungsprobe.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

Die AfD zu wählen, scheint hier wie eine „Wette“ auf die Zukunft, mit einem gewissen Restrisiko. Dieses Risiko äußern jedoch nur wenige als Bauchschmerzen: Dass die Politik der AfD zu einem gesellschaftlichen Wandel hin zu Extremismus und Intoleranz beitragen kann, dass die Partei sich zu wenig von extremistischen Einstellungen innerhalb ihres Parteiapparats distanzieren, schwingt nur in den leisen Untertönen mit und wird in Kauf genommen.

„Also ich bin schwul und habe schon ein bisschen Angst auch. [...]. Na, dass ich schon ein bisschen Angst habe, dass sich das dreht in Richtung Intoleranz dann ganz extrem.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Allzu schlimm könne es ja nicht werden, da mögliche Koalitionspartner als „Korrektiv“ in einer Regierung mit AfD-Beteiligung wirken und die AfD vor allzu radikalen Ansätzen zurückhalten würden.

„Aber trotzdem sage ich, AfD kann ja nicht alleine regieren. Also gibt es immer nochmal einen Part, wo man sagt, ein bisschen, dass man da einen Kompromiss findet oder ein Thema, dass man sagt, das packen wir so an. – Ein Korrektiv praktisch. – Ja. Also da sage ich, wenn die jetzt alleine wäre, da hätte ich auch Bauchschmerzen, also mehr.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Klar gibt es da die rechten Ecken, wo ich sag: Na, mit Vorsicht zu genießen. Aber sie dürften von mir aus schon gerne mehr mitmischen. Weil bis es zu solchen Extremen kommt, haben ja auch andere Mitspracherecht.“ (AfD-Gruppe, Stuttgart)

Grundsätzlich wird Sahra Wagenknecht viel Sympathie von der AfD-Anhängerschaft entgegengebracht (das Bündnis Sahra Wagenknecht [BSW] wurde als Partei erst im Januar 2024, nach der Feldzeit, gegründet). Sie gilt als intellektuelle, rhetorisch starke, wenn nicht gar überlegene Politikerin und ähnelt dabei in der Beschreibung dem Bild, das auch von AfD-Spitzenpolitikern gezeichnet wird. Vereinzelt zeigte sich Bereitschaft, dem Bündnis eine Chance zu geben.

„Eine Frau Wagenknecht hat diese Bildung auch. Also ich stimme mit Frau Wagenknecht politisch nicht überein. Aber [...] Frau Wagenknecht kann ich auch in weiten Teilen ernst nehmen. Es reicht nicht dazu, Die Linke zu wählen beziehungsweise jetzt ja sowieso nicht mehr. Aber es ist zumindest jemand, mit dem man kommunizieren kann und dem man zuhören kann [...].“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Wir haben den Namen Frau Wagenknecht schon genannt. Ich finde, das ist eine ganz tolle Frau. Aber es wäre doch mal eine Chance, dieser Frau eine Chance zu geben, wie weit die kommt. Das könnte ich mir vorstellen.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

Dennoch zeigt sich in den AfD-Gruppen die Wechselbereitschaft eher verhalten. In jedem Fall polarisiert die Person Wagenknecht auch unter den AfD-Anhängerinnen und -Anhängern. Das Bündnis wird als überschätzt bezeichnet und der Gründung einer neuen Partei wenig Relevanz zugesprochen. Auch sei das BSW wenig erfolgsversprechend.

„Sahra Wagenknecht, das ist doch Quatsch, ob die Dame da jetzt rausgeht oder nicht, solche Sachen. Wir haben ganz andere Sorgen. – Sahra wer? (lacht). – Genau.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

„Und ich muss auch sagen, ich finde Wagenknecht komplett überschätzt. Und das wird auch nichts werden. Da bin ich hundert Prozent davon überzeugt.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

„Also, es klingt interessant, aber es ist halt noch zu frisch, um da jetzt darauf aufzubauen, weil, es hätte noch keine Erfolgchancen, wenn du jetzt die Partei wählen würdest.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

Wie tief in Teilen der AfD-Anhängerschaft Verschwörungsmythen verankert sind, zeigt sich auch in einem Narrativ, das genau in Bezug auf dieses Abwanderungspotenzial in die Diskussion eingebracht wird: Das Bündnis Sahra Wagenknecht sei in Wirklichkeit eine von der Regierung gesteuerte Aktion, die die AfD durch Abwanderung der Wählerschaft schwächen soll.

„[...] da habe ich so meine Befürchtung, wenn die Sahra Wagenknecht zum Beispiel ihre Partei gründet, dann wären nämlich viele Wähler, die AfD wählen jetzt zurzeit, zur Sahra Wagenknecht tendieren und damit werden der AfD wieder Stimme weggenommen. Und mich soll das

*nicht wundern, wenn das wieder von ganz oben eigentlich schon wieder geplant ist, um die AfD kleinzuhalten.“ (AfD-Gruppe, Suhl)*

### Parteienimages von Union, SPD, Grünen und anderen Parteien

In der Wahrnehmung der Parteien zeichnet sich in den gemischten Gruppen ein anderes Bild als bei den Anhängern der AfD. Zwar werden Grundkompetenzen der einzelnen Parteien noch abgerufen – die CDU steht weiterhin beispielsweise für eine starke Wirtschaft, die SPD für Soziales. Diese fallen aber recht spät und auf Nachfrage im Diskussionsverlauf, beinahe wie etwas Gelerntes.

Offen danach gefragt, welche Partei die Herausforderungen in Deutschland angehen könne, wird wenig Vertrauen geäußert. Im Gegenteil: Auch unter den Wählern anderer Bundestagsparteien äußert sich ein großer Vertrauensverlust in die Handlungskompetenz der politischen Parteien. Ein auch unter Nicht-AfD-Wählern sinkendes Institutionsvertrauen zeigt sich deutlich darin, wie politische Arbeit und die Rolle der Parteien in den Gruppen verhandelt wird. Parteien seien eher an öffentlicher Wirkung denn an politischer Arbeit interessiert; Versprechen werden nicht eingehalten; statt Lösungen zu finden, streite man nur und blockiere damit jeglichen Fortschritt.

 „Wir haben zu viele Probleme einfach, als dass eine Partei die lösen könnte.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, Linke)

 „Ich weiß noch, meine Oma: ‚Ich wähle, weil ich immer wähle. Darauf kann ich mich verlassen. [...] Heute ist die letzten drei Jahre, muss ich sagen, mein Wille zu wählen oder meine Ambitionen zu wählen, schwinden extrem. [...] Und [...] diese ganze Politik, finde ich, ist irgendwie eigenartig. (lacht) Nicht verständlich, und als ob die gegen die Menschen arbeiten, anstatt für oder mit den Menschen. Und dadurch entstehen diese ganzen Probleme. [...] Es gibt einfach nichts, woran man sich halten kann, worauf man vertrauen kann, eigentlich auch nicht.“ (Gemischte Gruppe, Essen, FDP)

 „Ich sage mal so, das ganze Parteiensystem in Deutschland, das ist irgendwie nicht mehr richtig. Das funktioniert nicht mehr. Die schreiben zwar ein Parteiprogramm, woran sich die Leute so ein bisschen orientieren sollen. [...] Aber die halten sich gar nicht mehr an ihre Programme oder auch was wichtig ist für das Land.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, FDP)

Wählen gehe man mehr aus Wahlpflicht, denn aus Kompetenzgründen. Dabei wird vor allem von CDU- und SPD-Wählerinnen und -Wählern ihre Wahlentscheidung als „das kleinere Übel“ bezeichnet – wie ein Akt der Verzweiflung aus Mangel an besseren Alternativen, nicht unähnlich zu dem, was auch von AfD-Wählerinnen und -Wählern als Wahlmotiv geäußert wird.

 „Zugehörig fühle ich mich keiner Partei. Ich denke, die SPD ist gerade am Untergehen. Die muss meiner Meinung nach unter Artenschutz gestellt werden. Gerne würde ich sie diesmal, obwohl ich es nur einmal getan habe und bitter bereut, nämlich bei Gerhard Schröder, da habe ich sie einmal gewählt in meinem Leben. Ich würde es vielleicht jetzt aus Artenschutzgründen, wie gesagt, machen.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, Grüne)

 „Mein Vertrauen ist einfach so unglaublich zerrüttet. Ich bin völlig orientierungslos. Ich hatte letztes Jahr den Wahl-O-Mat gemacht. [...] Und es kam raus, ich soll die AfD wählen. [...] Und dann habe ich die FDP gewählt. (lacht) [...] Und die SPD ist die Nummer sicher, das, was meine

*Oma und meine Eltern schon immer gewählt haben. Deswegen würde ich dann jetzt gerade in dem Moment das wählen oder meinen Zettel ungültig machen.“ (Gemischte Gruppe, Essen, FDP)*

*„Ich würde jetzt die CDU wählen. Aber das hat den einzigen Grund, [...] das ist das geringere Übel. [...] Also man wählt heute kein Programm mehr. Man wählt das geringere Übel [...] im Vergleich zu allen anderen. Also, ne, die haben zwar in der ganzen 16 Jahre dauernden Merkelzeit auch nicht immer glanzvoll gearbeitet [...], aber das, was die Ampel also jetzt seit zweieinhalb Jahren da fabriziert, ist unter aller Sau.“ (Gemischte Gruppe, Essen, CDU)*

*„Ja, wie ich bereits sagte, ist für mich die CDU noch das geringste Übel von allem, was man so wählen kann.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, CDU)*

Das kleinere Übel zu wählen, sei immer noch besser als nicht zu wählen, auch vor dem Hintergrund einer erstarkenden AfD und einem allgemeinen Rechtsruck in Europa, dem man eine politische Kraft entgegensetzen wolle.

*„Ich habe SPD geschrieben, weil ich fast immer meine Stimme durfte abgeben [...]. Und dazu, dass meine Stimme gegen AfD wäre. Weil ich sowieso zum Wählen gehe, [...] muss ich eine Partei auswählen.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, SPD)*

*„Ich habe keine Lust, dass die AfD irgendwie mehr Stimmen hat. Das ist der einzige Grund, warum ich dann wählen gehe.“ (Gemischte Gruppe, Essen, CDU)*

*„Erst einmal, ich wähle nicht, weil ich der Überzeugung bin, dass die CDU das Nonplusultra ist. Aber irgendwas muss ich wählen, damit meine Stimme nicht an die AfD geht.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, CDU)*

Eine Ausnahme bildet die Grünen-Wählerschaft. Auch hier wird von einer Wahl aus Alternativlosigkeit gesprochen, jedoch fußt diese Alternativlosigkeit nicht auf politischer Frustration, sondern aus der Haltung, nur die Grünen bringen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz die nötige Kompetenz mit.

*„[...] momentan bin ich auf dem Weg der Grünen-Schiene. Weil also ich finde, Umweltpolitik und Umweltschutz, sei es deutschlandweit, weltweit, also sollte schon hohe Priorität haben. Weil, ich möchte nicht auf die nächste Umweltkatastrophe warten. Ich möchte nicht auf den nächsten Sommer warten, der 45 Grad ist.“ (Gemischte Gruppe, Essen, Grüne)*

*„Und Klima ist das zentrale Thema dieser Welt. Von daher gehen halt nur die Grünen, weil das denen ihr Hauptanliegen ist. Was anderes ist halt gar nicht machbar. Weil, selbst wenn das alles Arschlöcher wären, müsste ich sie trotzdem wählen, weil niemand anderes das so in seinem Programm hat.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, Grüne)*

Was für die AfD-Wählerschaft Migration ist, scheint für die Grünen-Wählerinnen und -Wähler Klima: Für beide Themen wird nur die jeweilige Partei als wirklich kompetent bezeichnet; die jeweiligen Themen werden als starkes inhaltliches Wahlmotiv herangezogen. Nur unter den Grünen- und den AfD-Wählerinnen und -Wählern in unserem Sample drückt sich in der Parteipräferenz eine tatsächliche Überzeugung in der Sache aus.

Vorherrschendes Motiv der Diskussionen in den gemischten Wählergruppen ist jedoch eine tiefsitzende Enttäuschung über die handwerkliche Arbeit der politischen Parteien. Insbesondere die Unzufriedenheit mit der aktuellen Ampel-Regierung macht sich Luft, die sich in der Wahrnehmung ausdrückt, die Regierung trage mehr zum politischen Stillstand bei, als dass sie die Vielzahl an Problemen und Herausforderungen in Deutschland angehe.

 „Also wir haben jetzt drei demokratische Kräfte, die uns regieren, und alle drei verharren und machen nichts. Wie ich jetzt schon wieder irgendwie in der Zeitung bloß gelesen habe so, war ja dieser Gipfel, der ja gestern im Kanzleramt stattfand, mal wieder mit null Ergebnis. Wo ich mir einfach sage, okay, also, die Parteien, die wir gewählt haben, die regieren sollen, sie sollen handeln. Sie sollen darauf reagieren, was passiert, machen sie aber nicht.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, FDP)

 „Ich denke auch, da müssen alle zusammen an einem Strang ziehen. Aber solange das innerhalb dieser Parteien so viele Meinungsverschiedenheiten gibt und so ein Gegeneinander, und so ein Konkurrenzkampf, funktioniert es schwer.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, Grüne)

Die Sehnsucht nach handwerklich guter politischer Arbeit ist groß. Dazu gibt es den Wunsch nach einem anderen Politikstil, der mehr ein Miteinander zwischen den politischen Parteien lebt, statt in Konflikten zu verharren und dabei die Interessen der Bevölkerung aus den Augen zu verlieren.

 „Ich hoffe, dass halt irgendwann wieder Leute kommen, die ein bisschen mehr diese Werte vertreten, die sie halt jahrelang gemacht haben. Und im Moment ist es halt so, [...] in den Medien wird so viel breitgetreten und immer nur das Negative. Ich finde auch, wenn man eine Ampel haben müsste, die müssten viel mehr zeigen, dass sie miteinander können. Ich meine, sie haben ja irgendwie einen Koalitionsvertrag. Sie haben gesagt: ‚Wir möchten miteinander‘, so. Das fand ich richtig gut, was er gesagt hat.“ (Gemischte Gruppe, Berlin, SPD)

 „Ja, ich würde es halt schön finden, aber das ist wahrscheinlich Wunsch- und Traumvorstellung, dass es halt nicht darum geht, irgendwelche Prozente zu erhalten, sondern einfach wirklich was für den Bürger zu tun. Und das Land und halt den Wohlstand halt der Bürger und die Zufriedenheit davon zu verbessern. Und nicht immer entweder in den eigenen Profit sehen, jetzt auf die einzelnen Personen in den Parteien bezogen, aber insgesamt auch auf die Parteien bezogen. Einfach dass was für die Menschen gemacht wird und nicht immer, um irgendwelche Quoten zu erfüllen.“ (Gemischte Gruppe, Suhl, SPD)

### Umgang mit der AfD

Der Umgang mit der AfD stellt ein brisantes und konfliktreiches Thema für die demokratische Parteienlandschaft dar. In den Gruppendiskussionen wurde daher gezielt gefragt, wie die sogenannte „Brandmauer“ zur AfD aktuell wahrgenommen wird – und welche Bedeutung dieser mit Blick auf die Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern 2024 sowie angesichts der Bundestagswahl 2025 zugeschrieben wird.

Ein recht eindeutiges Bild ergibt sich aus den AfD-Gruppen: Obwohl der aktuelle Umgang mit der AfD und ihrer Wählerschaft sowie die Diskussion über eine Brandmauer als diffamierend und undemokratisch kritisiert werden, besteht die Überzeugung, dass sich schon jemand unter den politischen Parteien finden werde, der die Brandmauer durchbricht. Aus Sicht der AfD-Wählerinnen

und -Wähler wird die AfD einen so hohen Stimmanteil erhalten, dass für die anderen Parteien ein Umgehen der AfD unmöglich würde.

„Es wird darauf hinauslaufen, dass in mehreren Bundesländern die AfD stärkste oder zweitstärkste Kraft wird [...]. Und es wird in vielen Bundesländern auch dazu kommen, dass eine Regierung ohne AfD-Beteiligung nicht möglich ist, außer ich mache Regenbogen [...]. Nehmen alle anderen mit rein und das gibt auch Murks, deswegen wird es darauf hinauslaufen.“ (AfD-Gruppe, Leipzig)

„[...] in dem Moment, wo sich immer mehr trauen, dazu zu stehen und das auch so zu kommunizieren, dann irgendwann wird das so kippen. Und das wird man merken. In zwei Jahren wird man das merken.“ (AfD-Gruppe, Berlin)

Den anderen Parteien und ihren Spitzenpolitikern wird ein Streben nach Macht und Machterhalt zugeschrieben, das alle anderen Interessen überlagert. Geäußerte Versprechen, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, seien daher schnell hinfällig, wenn sich aus den Wahlergebnissen keine Mehrheit ohne die AfD ergebe. Ein potenzieller Machtwechsel mit AfD-Beteiligung wird daher als realistische Perspektive gesehen, die Brandmauer hingegen lediglich als Konstrukt, um die eigene Wählerschaft zu beschwichtigen. In der AfD-Anhängerschaft wird vereinzelt auf eine gewisse inhaltliche Nähe zur CDU verwiesen.

„Ich glaube doch, eine geringe Chance besteht, und zwar eine bürgerlich-konservative Koalition, dass die CDU, weil, es gibt ja einige Stimmen, die immer lauter werden, mit der AfD koalieren werden und die FDP. Die FDP ist (...) für mich nur so, sage ich mal, der Prostituierte, der mit (...) ins Bett geht, um an der Macht zu bleiben. Noch sagen die: ‚Wir machen nicht mit der AfD‘, aber wenn die dann an der Macht sind, mit CDU haben sie die Mehrzahl, würden sie es machen. Also die einzig mögliche Konstellation, CDU, AfD und FDP.“ (AfD-Gruppe, Essen)

„Sollten sie die Möglichkeit sehen, an die Macht zu kommen, werden sie diese Brandmauer ganz schnell vergessen, denke ich, weil, jeder ist ja auch machtgeil da, so in der Richtung.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

„Und auf einmal, wenn die einen Umfragehoch haben, sagst du als Altpartei: ‚Oh Mensch, ist doch super. Lass mal zusammenarbeiten.‘ Also die müssen ja jetzt den Kurs verfolgen.“ (AfD-Gruppe, Hamburg)

„Also, Schwarz-Blau würde Deutschland nach vorne bringen. [...] Weil ich denke mal, CDU wird [...] in dem Moment, wo die AfD Regierungsbeteiligung hat, auch wieder auf ihre alten Werte besinnen, weil dann werden wieder wahrscheinlich einige Duckmäuse in der CDU wieder den Mut haben, den Mund aufzumachen, was sich viele jetzt nicht trauen.“ (AfD-Gruppe, Suhl)

Auch in den gemischten Gruppen zeichnet sich ein schwindendes Vertrauen in die Brandmauer ab, jedoch gibt es keinen Konsens darüber, ob die Brandmauer tatsächlich fallen wird. Dass sie schon an der einen oder anderen Stelle bröckelt, sei jedoch an Aussagen einzelner Politiker zu erkennen, die von keiner einheitlichen Linie im Umgang mit der AfD zeugen würden.

„[Eine Brandmauer] gibt es ja nicht. Wird ja immer weiter abgebaut, eingerissen. Es wird ja alle (...) zusammengearbeitet und Merz hat ja auch selbst gesagt, nein, wir müssen mit denen

*zusammenarbeiten. Deswegen habe ich eben auch keine Hoffnung, dass das 2025 gutgeht.“  
(Gemischte Gruppe, Hamburg, Grüne)*

Wie auch in den AfD-Gruppen spielt ebenso in den gemischten Gruppen Politikverdrossenheit und das sinkende Vertrauen in die politischen Parteien eine Rolle: Da Wahlversprechen oftmals nicht eingehalten würden, seien auch Versprechen, eine Regierungsbildung unter Beteiligung der AfD auszuschließen, nicht mehr glaubwürdig.

 *„Jetzt haben schon einige Leute, sind umgekippt zum Machterhalt, auch wenn wir geschichtlich gucken. (...) Also ich glaube da gar keinem in der Hinsicht.“ (Gemischte Gruppe, Hamburg, CDU)*

Auch in den gemischten Gruppen wird der AfD ein Abschneiden in den nächsten Landtagswahlen zugesprochen, das es den etablierten Parteien erschwere, die AfD in Sondierungsgesprächen weiterhin außen vor zu lassen.

 *„Na ja, aber dann in den Sondierungsgesprächen, wenn die eben so einen Zuwachs kriegen, dann kann man die eben auch nicht mehr wegnorieren [...]. Da wird sich dann vieles ändern, glaube ich.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, Linke)*

 *„Jetzt haben die, sagen wir mal, 35 Prozent. Und alle anderen kleinen, SPD, FDP, Grüne, Sonstige, haben in Summe nicht so viel, dass sie der AfD Paroli bieten könnten. Dann kann die CDU gar nicht anders. Sonst kann sie nicht regieren.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, CDU)*

Während auf der einen Seite daher auch von Teilen der Befragten in den gemischten Gruppen das Fortbestehen der Brandmauer bezweifelt wird, halten andere eine Zusammenarbeit mit der AfD weiterhin für ausgeschlossen und begründen dies mit der großen programmatischen Differenz, aber auch mit der Ablehnung in der Bevölkerung, die ein gemeinsames Regieren mit der AfD nicht akzeptieren werde.

 *„Ich glaube es auch nicht, weil, die wollen aus dem Euro raus, die wollen das und das. Also, auch wenn sie 30 Prozent kriegen würden, dann würden sich die anderen Parteien zusammenschließen, um einfach eine Regierungsmehrheit zu bilden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die AfD, auch wenn sie stärkste Fraktion werden würde, den Auftrag erteilt bekommt, dass dann andere mit denen eine Koalition machen. Das kann ich mir nicht vorstellen.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, SPD)*

 *„Ich glaube auch nicht, dass das passiert. Das würde hier ein Aufschrei [geben], da würden wieder alle auf die Straße gehen, wie damals 1989.“ (Gemischte Gruppe, Leipzig, FDP)*

## Ausblick

In Anbetracht der tiefgreifenden Verunsicherung und Unzufriedenheit, die das politische Klima im Herbst 2023 in Deutschland kennzeichnen, stehen die politischen Parteien vor der zentralen Aufgabe, das erschütterte Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Der Pessimismus und die Resignation, die sich über alle Wählergruppen hinweg abzeichnen, sind nicht bloß als Reaktion auf bestimmte Ereignisse zu verstehen, sondern vielmehr als Symptome eines generellen Misstrauens gegenüber der Problemlösungskompetenzen der politischen Verantwortlichen.

Während der Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Parteien mit Blick auf die Umfrageergebnisse vor allem der Ampel-Regierung schadet, geht die AfD als Profiteur aus der aktuellen Stimmungslage hervor.



*„Ja, dass sie sich ins Zeug legen, dass sie die Bürger abholen, wo sie sind, damit eben die AfD nicht noch mehr an Stimmen bekommt.“ (Gemischte Gruppe, Stuttgart, Linke)*

In der Auseinandersetzung mit der AfD ergibt sich für die etablierten Parteien jedoch ein Dilemma auf gleich mehreren Ebenen: Die Kernthemen der AfD, allen voran Migrationspolitik, aufzugreifen und verstärkt auf die Agenda zu bringen, könnte der AfD weiter Aufwind geben. Diese Themen jedoch liegenzulassen, scheint andererseits und gerade im letzten Jahr zum Erstarken der AfD beigetragen zu haben, wie sich auch aus den Gruppendiskussionen in dieser Studie zeigt.

Die Immunisierung der AfD-Anhängerschaft gegen Kritik ist immens. Kritik an der AfD verfängt nicht, vielmehr wird die AfD als Opfer ungerechtfertigter Angriffe wahrgenommen. Womöglich führt dies zu einer noch stärkeren Anbindung an die AfD oder zu Mobilisierungseffekten insbesondere vor Wahlen.

Präsenz und nicht konfrontative Diskussionsangebote der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft scheinen auf Akzeptanz zu stoßen. Aber auch eine verstärkte Auseinandersetzung um die bessere Problemlösungskompetenz kommt in Betracht.



*„Und ich muss die entlarven. Ich muss die Leute mit ihren eigenen Waffen schlagen. Ich muss, wenn die sich irgendwo hinstellen, auf den Markt und dann mir erzählen, vor allen Dingen dieser aus Thüringen da, die stellen sich da auf den Marktplatz und hauen da irgendwelche Thesen raus, ne? Ja, da muss doch mal einer hingehen und sagen: ‚So, jetzt mal Butter bei die Fische. Was ist denn damit? Was machst du denn dafür oder dagegen?‘.“ (Gemischte Gruppe, Essen, CDU)*



*„Wir müssen hingehen, und wenn die sagen: ‚Das ist das Problem.‘ Ja, wir haben das Problem auch gesehen. Aber wir haben eine Lösung. Die nicht.“ (Gemischte Gruppe, Essen, CDU)*

Im Umgang mit der AfD und der Zukunft der Brandmauer gilt es für die Parteien, eine klare Position zu beziehen. Herausforderung ist dabei, eine deutliche Trennlinie gegenüber undemokratischen und rechtsextremen Positionen zu ziehen, ohne dabei die AfD-Wählerschaft pauschal auszugrenzen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, 2023: Politbarometer 2023. Online unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2023/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/) (letzter Zugriff: 28.05.2024); Ipsos, 2023: Politische Meinungslage in Deutschland (September bis Dezember 2023). Online unter: [https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-12/Ipsos\\_Report\\_Politische\\_Meinungslage\\_Dez\\_2023.pdf](https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-12/Ipsos_Report_Politische_Meinungslage_Dez_2023.pdf) (letzter Zugriff: 28.05.2024).

- <sup>2</sup> Vgl. Infratest dimap, 2023: ThüringenTREND Juli 2023. Repräsentative Studie im Auftrag des MDR. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2023/juli/> (letzter Zugriff: 28.05.2024); infratest dimap, 2023: BrandenburgTREND September 2023. Repräsentative Studie im Auftrag des RBB. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/brandenburg/laendertrend/2023/september/> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>3</sup> Vgl. Tagesschau, 2023: Merz für pragmatischen Umgang mit AfD in Kommunen. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-afd-kommunen-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024); ZDFheute, 2023: CDU nach ZDF-Sommerinterview. Brandmauer gegen den eigenen Parteichef. Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/merz-sommerinterview-cdu-afd-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024); ZEIT Online, 2023: CDU-Chef Friedrich Merz lehnt Verbot der AfD ab. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-07/friedrich-merz-sommerinterview-cdu-afd-verbot> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Handelsblatt, 2024: Mehrheit rechnet 2024 mit einem AfD-Ministerpräsidenten. Online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-mehrheit-rechnet-2024-mit-einem-afd-ministerpraesidenten/100004671.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>4</sup> Vgl. Pokorny, Sabine, 2023: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ... Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/%E2%80%9EMan+wei%C3%9F+ja+nicht%2C+was+die+Zukunft+bringt+%E2%80%A6.pdf/51f2d937-4451-f690-d765-0dd52ed5a639> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>5</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, 2024: Politbarometer Januar 2024. Online unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2024/Januar\\_2024/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2024/Januar_2024/) (letzter Zugriff: 28.05.2024); Ipsos, 2024: Sonntagsfrage: Union klar vorne, SPD verliert weiter an Boden. Online unter: <https://www.ipsos.com/de-de/sonntagsfrage-union-klar-vorne-spd-verliert-weiter-boden> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Tagesspiegel, 2024: Naht das Ampel-Ende? Mehrheit der Deutschen glaubt, dass die Koalition 2024 zerbricht. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-ampel-ende-scheint-nah-mehrheit-der-deutschen-glaubt-dass-koalition-2024-zerbricht-10997914.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>6</sup> Vgl. u.a. Kommentar im Deutschlandfunk zum „Migrationsgipfel“ im Mai 2023: Heckmann, Dirk-Oliver, 2023: Viel Tamtam, wenige Resultate. Kommentar: Migrationsgipfel. Deutschlandfunk. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-fluechtlinge-migration-bund-kommunen-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>7</sup> Vgl. Ipsos, 2023: What Worries the World November 2023. Online unter: <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-12/Global-Report-What-Worries-the-World-Nov-2023.pdf> (letzter Zugriff: 28.05.2024); infratest dimap, 2023: Zuwanderung bewegt derzeit am stärksten. ARD-DeutschlandTREND Morgenmagazin Oktober 2023. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/zuwanderung-bewegt-derzeit-am-staerksten/> (letzter Zugriff: 28.05.2024).

- <sup>8</sup> Vgl. Infratest dimap, 2023: ARD-DeutschlandTREND November 2023. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/november/> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Süddeutsche Zeitung, 2023: Scholz verteidigt Enthaltung bei Nahost-Resolution der UN. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/nahostkonflikt-un-resolution-1.6296159> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Tagesschau, 2023: Kritik an Deutschlands UN-Votum. „Enthalten ist nicht genug“. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/israel-kritik-deutschland-un-resolution-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>9</sup> Vgl. Ipsos, 2023: What Worries the World November 2023. Online unter: <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-12/Global-Report-What-Worries-the-World-Nov-2023.pdf> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Pokorny, Sabine, 2023: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ... Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baemchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Deutschlandfunk Kultur, 2023: So verliert man politisches Vertrauen. Online unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ampel-politisches-vertrauen-regierung-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>10</sup> FAZ, 2023: Am meisten sorgen sich die Deutschen um ihren Wohlstand. Erschienen am 12.10.2023. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wovor-sich-deutsche-fuerchten-steigende-preise-hohe-mieten-und-steuern-19238647.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>11</sup> Es handelt sich um Zitate, deren Ausdrucksweise und Grammatik im Original belassen wurden.
- <sup>12</sup> Vgl. Pokorny, Sabine, 2023: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ... Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/%E2%80%9EMan+wei%C3%9F+ja+nicht%2C+was+die+Zukunft+bringt+%E2%80%A6%E2%80%9C.pdf/51f2d937-4451-f690-d765-Odd52ed5a639> (letzter Zugriff: 28.05.2024).  
Pokorny, Sabine, 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baemchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>13</sup> Vgl. Infratest dimap, 2023: Zuwanderung bewegt derzeit am stärksten. ARD-DeutschlandTREND Morgenmagazin Oktober 2023. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/zuwanderung-bewegt-derzeit-am-staerksten/> (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>14</sup> Dass sich die AfD-Anhängerschaft im Vergleich zu anderen Wählergruppen durch ein besonders niedriges Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien auszeichnet, zeigen auch verschiedene repräsentative Studien, vgl. Hirndorf, Dominik/Roose, Jochen, 2023: Welchen Nachrichten kann man noch trauen? Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien – repräsentative Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Welchen+Nachrichten+kann+man+noch+trauen.pdf/b63ed86c-4224-5a5e-ca0b-9bcfc2847719?version=1.0&t=1678122449658> (letzter Zugriff: 28.05.2024).

- <sup>15</sup> Vgl. Frieß, Hans-Jürgen/Neu, Viola, 2016: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: [https://www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_53242\\_1.pdf/a75505bc-46d4-ce63-e141-2f1d01ec788b?version=1.0&t=1539654313548](https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_53242_1.pdf/a75505bc-46d4-ce63-e141-2f1d01ec788b?version=1.0&t=1539654313548) (letzter Zugriff: 28.05.2024).
- <sup>16</sup> Vgl. Tagesschau, 2023: AfD in Sachsen "gesichert rechtsextremistisch". Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-sachsen-rechtsextremistisch-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Deutschlandfunk, 2023: Sächsische AfD als gesichert rechtsextrem eingestuft. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/saechsische-afd-als-gesichert-rechtsextrem-eingestuft-100.html> (letzter Zugriff: 28.05.2024). Bundesamt für Verfassungsschutz - Presse - Bundesamt für Verfassungsschutz obsiegt vor Verwaltungsgericht Köln gegen die AfD. Derzeit (8. April 2024) hat das Berufungsverfahren der AfD vor dem Oberverwaltungsgericht Münster begonnen.
- <sup>17</sup> Besonders die Grünen dienen hier als Projektionsfläche für die tiefsitzende Frustration über die politische Arbeit- der Ampel-Regierung, die sich zuweilen in starker Ablehnung, gar Hass, gegenüber den Grünen entlädt. Diese besondere Polarisierung zwischen AfD und Grünen zeigt sich auch in repräsentativen Studien zu Sympathien und Antipathien für Parteien, vgl. Pokorny, Sabine, 2023: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ... Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/%E2%80%9EMan+wei%C3%9F+ja+nicht%2C+was+die+Zukunft+bringt+%E2%80%A6%E2%80%9C.pdf/51f2d937-4451-f690-d765-0dd52ed5a639> (letzter Zugriff: 28.05.2024); Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Studie+Politische+Polarisierung.pdf/a36c964d-1d6a-66d1-288b-b22629110fd7?version=1.0&t=1636720335758> (letzter Zugriff: 28.05.2024).

## Impressum

### Die Autorin und der Autor

Caroline Werkmann, Senior Research Executive, Ipsos GmbH, Frankfurt a. M.  
Dr. Hans-Jürgen Frieß, Director, Ipsos GmbH Berlin

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. Viola Neu

Leiterin Wahl- und Sozialforschung  
Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung  
T: +49 30 / 26 996-3506  
[viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

#### Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin  
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).